

3 / 08 / 09 / 11

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Neue Gedenkstätte gibt der Trauer einen Raum
»Wächter« von Anatol in Selm-Bork aufgestellt

DORTMUND > BULGARISCHE POLIZISTEN EINGESETZT /// AUSLANDSEINSATZ KOSOVO



Ralf Jäger
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Entschlossen gegen Gewalt

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei persönliche Begegnungen haben mich in diesem Sommer besonders berührt: Bei der Übergabe der neuen zentralen Gedenkstätte für die im Dienst getöteten Polizistinnen und Polizisten in Selm-Bork traf ich Elisabeth Reckels. Die heute 80-Jährige verlor vor 36 Jahren ihren Sohn Michael. Er hatte damals gerade seine Polizeiausbildung beendet und starb im Einsatz bei der Verfolgung eines Straftäters.

Kaum zwei Wochen später konnte ich mich mit Michael Frehn unterhalten, der vor einem Jahr im Dienst in Mönchengladbach fast erschlagen worden wäre. Die beiden Begegnungen haben mir erneut sehr eindrücklich klar gemacht, wie groß und auch gefährlich der Einsatz ist, den Polizeibeamte in unserer Gesellschaft leisten. Ich halte es für unerträglich, dass diejenigen, die uns schützen, angegriffen werden. In dieser Streife geht es schwerpunktmäßig auch darum.

Gegen die wachsende Gewalt, gegen solche hinterhältigen und verabscheuungswürdigen Taten wie gegen Michael Frehn müssen und werden wir entschlossen ankämpfen. Der mutige Polizeihauptkommissar hat mich nicht nur dadurch beeindruckt, dass er bereits wieder in den Polizeidienst zurückgekehrt ist. Er hegt auch keinen persönlichen Hass gegen den jugendlichen Täter. Er sagt, dass wachsende Gewalt in der Gesellschaft nicht mit höheren Strafen bekämpft werden kann, sondern dass die Gesellschaft und die Politik darauf reagieren muss.

Die Ursachen dieser steigenden Gewaltbereitschaft gehen uns alle an und dürfen von uns nicht toleriert werden. Der zunehmenden Verrohung von Sitten und dem weiteren Absinken von Hemmschwellen müssen wir gemeinsam entschlossen entgegentreten.

Der Leitsatz der neuen Gedenkstätte lautet: »Den Getöteten zum Gedenken und den Lebenden zum Schutz«. Der Künstler Anatol kennt Verantwortung und Risiken des Polizeiberufs aus eigener Erfahrung. Sein »Wächter« setzt in Selm-Bork dauerhaft ein sichtbares Zeichen dafür, dass Polizistinnen und Polizisten

ihre Gesundheit und ihr Leben früher, jetzt und in Zukunft für die Sicherheit der Bürger dieses Landes und zum Schutz der Demokratie geben. »Der Wächter kommt und nimmt die Angst«, sagt Anatol.

Das Denkmal kann Elisabeth Reckels ihren Sohn Michael nicht ersetzen, es kann den Freunden und Angehörigen der getöteten Polizisten weder Schmerz noch Trauer nehmen. Aber diese Gedenkstätte kann unserer Trauer einen Raum geben. Hier können wir innehalten und uns unserer Verstorbenen erinnern.

Ihr Ralf Jäger

- 02 __ EDITORIAL
- 03 __ IMPRESSUM

TITEL

- 04 __ **Neue Gedenkstätte gibt der Trauer einen Raum**
Kunstwerk erinnert an getötete Polizistinnen und Polizisten
- 08 __ **Ethik-Ausbildung für starke und stabile Charaktere**
Der neue »Grenzgang« am LAFP-Bildungszentrum in Selm-Bork
- 11 __ **»Man muss früh ansetzen, damit es nicht zu Gewaltexzessen kommt.«**
Im Gespräch mit КHK Michael Frehn

VERKEHR

- 12 __ **Zu viel riskante Fahrmanöver**
25 neue Video-Motorräder sollen Motorradrowdys überführen

EINSATZ

- 14 __ **Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen**
Stadt Dortmund und die Polizei verbes-

sern gemeinsam die Situation in der Dortmunder Nordstadt

- 18 __ **Fit für die Kommunikation im Krisenstab**
Fortbildung und Einweisung für 46 neue Verbindungskräfte der Polizei
- 20 __ **Ein Jahr nach der Loveparade-Katastrophe**
22 __ **Bessere Ausbildung für die Profis**
Trainingszentrum für Spezialeinheiten wurde modernisiert
- 25 __ **Eine Friedensmission zwölf Jahre nach Kriegsende**
EULEX – Rule of Law für das Kosovo

KRIMINALITÄT

- 30 __ **NRW-Polizei rüstet gegen Internetkriminalität auf**
Innenminister Jäger stellt Kompetenzzentrum beim Landeskriminalamt vor
- 32 __ **Winzige Teilchen weisen den Weg**
Sachverständige des LKA werten Bodenproben aus
- 35 __ **Mythos und Realität**
Die Operative Fallanalyse

PRISMA

- 37 __ **Wer sich nicht wohlfühlt, wird krank**
Prof. Bernhard Badura über modernes betriebliches Gesundheitsmanagement
- 38 __ **Jetzt bei der Polizei bewerben!**
Attraktiver, spannender und krisensicherer Beruf für junge Leute
- 39 __ **Blau macht sich gut**
Neue Polizeiuniform in Köln und Leverkusen eingeführt
- 40 __ **Termine**

PERSONALIEN

- 41 __ **Personalien**

PREISRÄTSEL

- 42 __ **»Elisabeth« im »Musical Dome« in Köln**
Streife verlost 1x2 Freikarten

»STREIFE«-ARTIKEL AUF DEM SMARTPHONE LESEN MIT DEN NEUEN QR-CODES SCHNELL INS NETZ



Auch die *Streife* setzt ab dieser Ausgabe die so genannten »QR- Codes« ein. »QR« steht für »Quick Response«. In den Codes ist der Weblink zum jeweiligen *Streife*-Artikel hinterlegt – zum schnellen Aufrufen des Artikels über das Smartphone.

Und so funktioniert's: Fotografieren Sie den Code mit der Kamera Ihres Smartphones. Im Anschluss öffnet sich automatisch die Seite mit dem Artikel. Bitte beachten Sie:

Um die QR-Funktion nutzen zu können, muss eine Reader-Software auf Ihrem Smartphone installiert sein. Welche Applikation für Ihren Gerätetyp geeignet ist, erfahren Sie über die Herstellerwebseiten. Bei manchen Smartphones ist die Reader-Software bereits vorinstalliert.



22 BESSERE AUSBILDUNG FÜR DIE PROFIS



32 WINZIGE TEILCHEN WEISEN DEN WEG

TITEL



Sie ist der Blickfang der neuen Gedenkstätte in Selm-Bork (Kreis Unna):
Die »Wächter«-Skulptur

Neue Gedenkstätte gibt der Trauer einen Raum

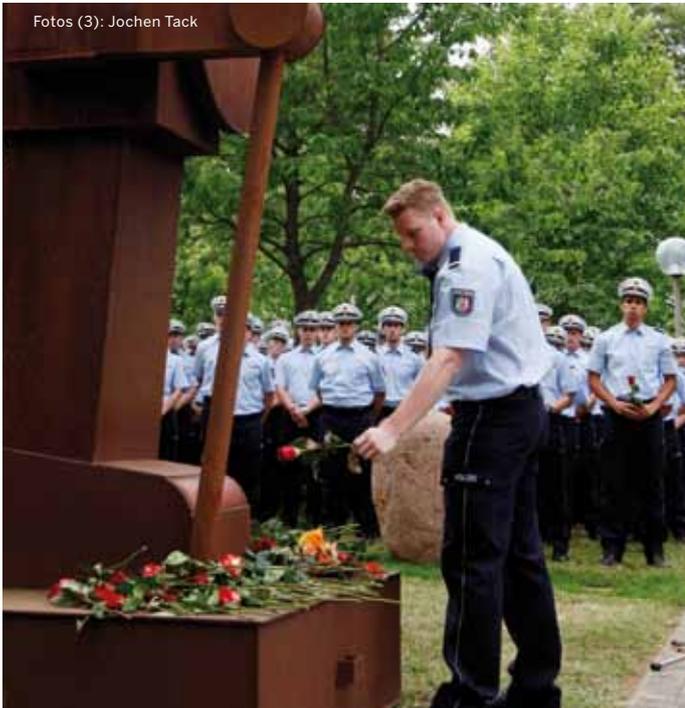
Kunstwerk
erinnert
an
getötete
Polizistinnen
und
Polizisten

Auf dem Gelände des Landesamtes für Aus- und Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP) in Selm-Bork wurde am 15. Juni eine neue Gedenkstätte eingeweiht. Mit einem Kunstwerk erinnert die NRW-Polizei an Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst ums Leben gekommen sind.

Innenminister Ralf Jäger spricht vielen Gästen der feierlichen Veranstaltung aus dem Herzen: »Die Gedenkstätte kann unseren Schmerz nicht nehmen, aber sie kann unserer Trauer einen Raum geben.« Im Mittelpunkt der Installation steht ein rund fünf Meter hoher und eine Tonne schwerer »Wächter« aus Stahl, umgeben von fünf mit symbolischen Figuren gravierten Findlingen.

Der »Wächter« des Düsseldorfer Künstlers Anatol ist in doppelter Hinsicht ein Denkmal »von Polizisten für Polizisten«. Der Künstler und Beuys-Schüler war bis zu seiner Pensionierung vor 21 Jahren Schutzpolizist. Die Idee zu der Gedenkstätte kommt aus den Reihen der Polizei. Verwirklicht hat das Projekt die Polizeistiftung NRW, die über Spenden für die Finanzierung sorgte.

Seit Kriegsende wurden mehr als 100 nordrhein-westfälische Polizisten durch Straftäter und 400 weitere bei Dienstunfällen getötet. Alle Namen lassen sich bis zur feierlichen Übergabe des Denkmals nicht ermitteln. 83 Polizeianwärter verlasen jeweils den Namen eines Opfers und legten für diesen eine Rose vor das Kunstwerk. So auch für Michael Reckels, der am 19. Oktober 1975 viel zu jung im Dienst starb. Erst drei Wochen zuvor hatte er



Fotos (3): Jochen Tack

Seit Kriegsende wurden landesweit rund 100 Polizisten von Straftätern umgebracht. 400 weitere Beamte kamen bei Dienstunfällen ums Leben.

seine Ausbildung beendet. Bei der Verfolgung von Straftätern in Düsseldorf war er einem Verkehrsunfall zum Opfer gefallen. Seine heute achtzigjährige Mutter Elisabeth war bei der Festveranstaltung in Selm-Bork dabei. »Polizistinnen und Polizisten setzen ihre Gesundheit und ihr Leben ein, damit wir alle frei und sicher leben können«, sagte Innenminister Ralf Jäger. »Ohne diesen Einsatz kann kein demokratischer Rechtsstaat funktionieren.« Im täglichen Dienst auf der Straße, bei Fußballspielen oder Demonstrationen von Rechts- und Linksextremisten sei die Polizei in zunehmendem Maße Aggressionen und gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Auch Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei des Landes NRW, wies auf die aktuellen Gewaltübergriffe gegen Polizisten im Dienst hin: »Das Denkmal wird auch daran mahnend erinnern.« LAFP-Direktor Dieter Schmidt versprach sich von dem »Wächter«-Mahnmal eine positive Wechselwirkung auf die berufsethische Ausbildung der zukünftigen Polizeibeamtinnen und -beamten: »Als Bildungsträger der Polizei gehört es zu unseren Aufgaben, dass wir Werte vermitteln. Anatols »Wächter« steht für den bleibenden Wert unseres Berufs: Wir beschützen unter Einsatz unseres Lebens die Menschen in unserem Land.« Nicht umsonst steht der »Wächter« vor dem neuen »Grenzgang« des LAFP (siehe auch den folgenden Artikel).

Diethelm Salomon ist Vorsitzender der Polizeistiftung NRW und sammelte viele der Spenden, die das Denkmal erst ermöglichten. Er hofft, dass die Gedenkstätte zu einem Identifikationssymbol für die Polizei wird. »Sie drückt mit dem Wächter in ihrer Mitte den Sinngehalt des Polizeiberufes aus.« Und er dankt stellvertretend drei Festgästen, die mit ihren Institutionen besonders großzügig waren: Dieter Vleeschhouwers von der Badischen Beamtenbank, Ben Schmitz vom Verein »Aktion WIR« und Peter Hugo von der Gewerkschaft der Polizei (GDP). Salomon erklärte auch, warum das Mahnmal in Selm-Bork aufgestellt wurde: »Hierhin kommen alle Polizistinnen und Polizisten in ihrem Leben mehrfach und haben dabei die Gelegenheit, die Gedenkstätte zu besichtigen.« Außerdem sei es annähernd der geografische Mittelpunkt des Landes. Salomon: »Lassen Sie uns hier und heute damit beginnen, eine Kultur des Erinnerns und Gedenkens in unseren Reihen zuzulassen – gegen das Vergessen und Verdrängen.«

Bei den Vorüberlegungen zu einer Polizeigedenkstätte entschied sich die Polizeistiftung NRW frühzeitig für ein eher abstraktes Kunstwerk. Für den Stiftungsvorsitzenden Diethelm Salomon war ausschlaggebend, »dass die künstlerische Darstellung zum Nachdenken anregt, sich nicht immer gleich erschließt. Sie soll den Betrachter einbinden und die Möglichkeit bieten, sich aus seiner ganz individuellen Sicht und mit seinen Gedanken dem Leitsatz der Gedenkstätte zu nähern: Den Getöteten zum Gedenken und den Lebenden zum Schutz.« Ebenso frühzeitig entschied sich die Stiftung, dass der Düsseldorfer Künstler Anatol das Denkmal gestalten soll. Die Polizei übernehme eine wichtige Schiedsrichter- und Wächterfunktion, erläutert der 80-Jährige sein Werk – Lanze in der Rechten, ein Schild vor der Brust und ein Helm auf dem Kopf. »Der Wächter kommt und nimmt die Angst«, sagt der Künstler, der mit bürgerlichem Namen Karl-Heinz Herzfeld heißt.

Anatol wurde am 21. Januar 1931 im ostpreußischen Insterburg geboren. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs flüchtete er nach Düsseldorf. Dort lernte er zunächst den Beruf des Kunstschmieds, trat aber bald in den Polizeidienst ein, in dem er bis zu seiner Pensionierung vor 21 Jahren blieb. Viele Düsseldorfer kennen ihn heute noch als den Verkehrserzieher, der mit der Düsseldorfer Verkehrspuppenbühne durch Kindergärten und Schulen zog und auf die Gefahren des Straßenverkehrs aufmerksam machte.

Junge Polizeistudentinnen und -studenten riefen die Namen von 83 im Dienst getöteten Kollegen auf und legten für jeden eine Rose nieder.



Der Transport und die Aufstellung der fünf Meter hohen und rund eine Tonne schweren Skulptur wurde von Kolleginnen und Kollegen der Technischen Einsatzinheit Wuppertal durchgeführt.



Über zwei Freunde kam Anatol bereits in den 1960er-Jahren in Kontakt mit Joseph Beuys, der den Polizisten als Student von 1964 bis 1972 an der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf aufnahm. Anatol spricht vom Geburtshelfer Beuys. »Ich war Polizist. Durch ihn bin ich Bildhauer geworden«, sagt er.

Wächterfiguren kommen in Anatols Werken immer wieder vor. Bereits für die Documenta 1992 in Kassel hatte Anatol solche Figuren geschaffen. »Wächter werden wichtig werden« lautete damals sein Motto. Mit den Wächtern mahnt der Künstler auch zum Frieden und zur Menschlichkeit. /// **Andreas Uphues**

@ Das Magazin der Polizei NRW *Streifen* hat zur Grundsteinlegung 2010 eine Sonderausgabe »Denkmal von Polizisten für Polizisten« erstellt. Dort finden Sie weitere Informationen auch zum Künstler Anatol: www.polizei.nrw.de/magazin/streifen/sonderausgaben





Wie weit geht

Es weht das Blatt vom Baum,
von wo es her kommt eines,
das eine Blätter hat es kaum,
das andere hat es in Massen.
Denn es ist allein
im Leben.
Darum ist das Blatt allein
im Leben.

Ethik-Ausbildung für starke und stabile Charaktere

Der neue »Grenzgang« am LAFP-Bildungszentrum in Selm-Bork

Der Ethikraum »Grenzgang« im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) ist eine Kombination aus Ausstellungs- und Unterrichtsraum. Hier werden besonders bewegende Situationen, die Polizistinnen und Polizisten im Dienst erleben, in Bild, Ton und Film dargestellt. Dazu gehört beispielsweise der Umgang mit den psychischen Belastungen im Einsatz.

In seiner Gesamtheit versteht sich der neue »Grenzgang« am LAFP-Bildungszentrum in Selm-Bork als eine Art Bühne für das Spannungsfeld und das Risiko für Polizisten. Denn sie arbeiten in einem gefährlichen Beruf. Sie stehen zwischen dem Anspruch, »Freund und Helfer« zu sein und der oft unweigerlichen »Begegnung mit dem Bösen«.

Der »Grenzgang« für alle Polizeibeamten des Landes NRW findet seinen Platz in der Aus- und Fortbildung und leistet so einen wesentlichen Beitrag zur Werteorientierung der Polizei im Lande. Damit stellt sich das LAFP NRW der »Königsdisziplin« in der Aus- und Fortbildung

der Polizei, nämlich der Frage nach den Zusammenhängen von Denken und Fühlen auf der einen Seite und dem sich anschließenden Handeln auf der anderen Seite. Das didaktische Konzept des »Grenzgangs« begegnet dieser Herausforderung mehr durch emotionale Ansprache der Besucher als durch zu viel Information.

Vier Herausforderungen – vier Themenräume

Bei einer Befragung von 1.250 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stellten sich vier besonders herausfordernde Situationen heraus, die nun im »Grenzgang« in folgenden vier Themenräumen dargestellt werden:

- > Sind in der Gesellschaft wirklich alle gleich?
 - > Polizei und Gewalt
 - > Polizei in Extremsituationen
 - > Umgang mit Sterbenden und Toten
- Bereits in der Ausbildung leisten Polizeianwärter einen Eid auf die Landesverfassung. Er ist zwingende Voraussetzung für eine Fortführung der Ausbildung und eine spätere Übernahme der beruflichen Aufgaben.

Denn Polizeibeamte sind gesetzlich legitimiert, beim Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen in Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern einzugreifen. Der für die Berufsausübung unverzichtbare Eid ist insbesondere in der mit der Übernahme der Funktion verbundenen »Machtübertragung« begründet: Menschen üben Macht über Menschen aus.

Das Bewusstsein über die verfassungsrechtliche Bindung und die damit verbundene Verantwortung gegenüber den Bürgern im Rahmen legitimer Machtausübung darf sich im Laufe des Berufslebens weder verschleifen noch darf sich eine »Verliebtheit« in diese Macht entwickeln. Hier liegen die berufsethischen Herausforderungen, denen sich das LAFP NRW mit dem »Grenzgang« und anderen Ausbildungsangeboten stellt.

Darüber hinaus willigen Polizeibeamte in die Beschneidung ihrer eigenen Persönlichkeitsrechte ein. Sie sind gegebenenfalls verpflichtet, ein Risiko für ihr Leben und ihre körperliche Unversehrtheit einzugehen. Dazu ist ein starker und stabiler Charakter notwendig, denn dieser



Fotos (4): Jochen Tack



Anspruch an die Berufsausübung ist mit dem Fortbestand des Beamtenstatus dauerhaft verknüpft.

Somit befinden sich Polizisten häufig auf einem persönlichen Grenzgang, einem schmalen Grat etwa zwischen

- > Recht und Gesetz sowie den eigenen Normen und Werten,
- > Angst und Schwäche sowie Machtausübung und Stärke oder
- > Lust und Pflicht.

Hierbei können die Pole von Gut und Böse im polizeilichen Handeln sehr nahe beieinander liegen. Die Ethik hilft, dass Polizisten sich jeweils für das Gute entscheiden können. Sie formuliert aber nicht nur hohe moralische Ansprüche an den Einzelnen im Umgang mit Anderen, sondern richtet den Blick in gleicher Weise auf die eigene körperliche und seelische Gesundheit, um sich selbst als Mensch gerecht werden zu können. Faktisch geht es bei berufsethischen Fragestellungen um das Denken und Fühlen der betroffenen Menschen in bestimmten, oft besonders herausfordernden Situationen, und das daraus resultierende Handeln. ///

Franz-Josef Gödeke

➔ **Ansprechpartner:**
für schriftliche Anfragen:
grenzgang.lafp@polizei.nrw.de
für telefonische Anfragen:
02592 68 3307

ZUR PERSON

Polizeihauptkommissar Franz-Josef Gödeke ist Fachkoordinator im Teildezernat 33.1 des LAFP NRW in Selm-Bork und hat das didaktische Konzept für den neuen »Grenzgang« maßgeblich mit erarbeitet.

»Man muss früh ansetzen, damit es nicht zu Gewaltexzessen kommt.« Im Gespräch mit КHK Michael Frehn



Innenminister Ralf Jäger und КHK Michael Frehn

Kriminalhauptkommissar Michael Frehn aus Mönchengladbach war im August 2010 im Einsatz angegriffen worden. Während Frehn eine Person am Boden fixierte, trat ihm ein 20-Jähriger aus vollem Lauf gezielt gegen den Kopf. Er erlitt dadurch schwere Gesichts- und Schädelverletzungen. Der Täter wurde vor kurzem zu sieben Jahren und zehn Monaten Haft wegen versuchten Mordes, gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes verurteilt. Nun schildert Frehn das Erlebnis aus seiner Sicht, seinen aktuellen Genesungszustand und berichtet von Reaktionen aus seinem nächsten Umfeld.

Streife: Herr Frehn, wie geht es Ihnen heute?

Michael Frehn: Es ist erstaunlich, was die heutige Medizin leisten kann, wenn man bedenkt, dass mein Gesicht um drei Zentimeter nach innen verschoben war. Ich habe noch Taubheitsgefühle in der linken Gesichtshälfte. Aber letztendlich habe ich unglaubliches Glück gehabt, ich hätte im Rollstuhl enden können.

Streife: Wie sind Ihre Familie und Ihr Umfeld damit umgegangen?

Frehn: Für meine Familie war es sehr schlimm. Und es ist auch heute noch schwer, wenn Bilder in der Presse auftauchen. Meinen Kindern steigen dann immer noch die Tränen in die Augen. Sie würden mich lieber am Schreibtisch sehen. Für mich war es, glaube ich, leichter damit fertig zu werden, als für meine Kollegen. Aber es muss sich niemand Vorwürfe machen.

Streife: Seit wann sind Sie wieder im Dienst?

Frehn: Ich bin schnell wieder in den Dienst zurückgekehrt. Ich wollte wieder funktionieren und damit ein Stück weit Normalität zurück für mich und meine Familie.

Streife: Das zeigt einen hohen Einsatzwillen. Woher kommt Ihrer Einschätzung nach ein solch gewalttätiges Verhalten, dem Sie zum Opfer fielen?

Frehn: Die Gewalt in der Gesellschaft ist ein globales Problem. Da muss man gesellschaftlich und politisch ansetzen. Der Frustrationsgrad und die Perspektivlosigkeit sind bei der heutigen Jugend teilweise sehr hoch. Zusätzlich fehlt der Respekt gegenüber Eltern, Lehrern und der Polizei.

Streife: Was kann man denn aus Ihrer Sicht dagegen machen?

Frehn: Wichtig ist eine zeitnahe Sanktionierung. Der Staat reagiert meist zu spät und es dauert oft zu lange bis eine Strafe erfolgt. Man müsste früher ansetzen, bevor es zu solchen Gewaltexzessen kommt. Dabei kann die Polizei aber nur ein Baustein von vielen sein.

Streife: Sie kennen sicher unser Projekt »Kurve kriegen«. Damit wollen wir genau das erreichen und verhindern, dass gefährdete Kinder und Jugendliche zu Intensivstraftätern werden. Auf jede Straftat soll unverzüglich eine pädagogische Maßnahme erfolgen. Dafür gibt es in Absprache mit den Jugendämtern maßgeschneiderte Angebote – vom sozialen Training bis hin zur intensiven pädagogischen Betreuung in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe. Was kann das Innenministerium denn mehr tun gegen Gewalt gegen Polizeibeamte?

Frehn: Neben einer guten Ausstattung ist natürlich eine professionelle Ausbildung wichtig. Vor allem muss der Standard ständig durch Fortbildungen auf einem hohen Niveau gehalten werden. Die Bereitschaftspolizei hat hierbei einen wirklich guten Stand, aber im Wach- und Wechseldienst müsste mehr getan werden.



Zu viel riskante Fahrmanöver 25 Video-Motorräder sollen Motorradrowdys überführen

Im ersten Halbjahr 2011 starben auf den Straßen in Nordrhein-Westfalen 51 Motorradfahrer – 17 mehr als im Vorjahreszeitraum. 2.088 Biker wurden bei Unfällen verletzt, das sind 262 mehr als im ersten Halbjahr 2010.

Kurvenreiche Straßen, trockenes Wetter und eine schwere Maschine verführen Motorradfahrer zu riskanten Fahrmanövern. Insbesondere Neu- und Wiedereinsteiger im Alter zwischen 40 und 55 Jahren überschätzen nach den Erkenntnissen der Statistiker ihre Fähigkeiten im Umgang mit einem leistungsstarken Motorrad. In den vergangenen Jahren waren die Unfallzahlen in NRW bei Motorradunfällen stets gesunken. Dieser positive Trend wurde im ersten Halbjahr 2011 gebrochen. Deswegen besteht bei allen Institutionen, die sich um das Thema Verkehrssicherheit kümmern, konkreter Handlungsbedarf – also auch bei der Polizei.

Konsequentes Vorgehen gegen Raser

Die Polizei geht in NRW nun noch konsequenter gegen Raser vor. Das Land setzt 25 mit Videokameras ausgerüstete Polizei-Motorräder ein. Sie zeichnen zunächst gefährliches Rasen und unverantwortliches Überholen in Kurven auf. Anschließend halten die Polizisten die Motorradrowdys an und zeigen ihnen ihr Fehlverhalten auf dem Videomonitor. »Das geschieht auch zu deren eigenem Schutz«, betonte NRW-Innenminister Jäger: »Die direkte Konfrontation mit dem Tatvorgang und den möglichen Folgen hat oft eine erzieherische Wirkung auf den Verkehrssünder.«

Fahrsicherheitstrainings helfen bei der Unfallvermeidung

Das konsequentere Verfolgen von Verkehrsdelikten bei Motorradfahrern ist aber nur ein Mittel, um den steigenden Unfallzahlen zu begegnen. Eine bessere Kenntnis ihrer Maschinen und ein ausgeprägteres Bewusstsein der Motorradfahrer für Risiken beim Fahren sind ebenso wichtig.

Deswegen nahm Innenminister Jäger Ende Juli auf dem ADAC-Übungsgelände in Grevenbroich an einem Fahrsicherheitstraining für Motorradfahrer teil. Vor allem Wiedereinsteigern und Neulingen auf dem Motorrad empfahl er, sich für solche Trainings anzumelden. Durch die dabei gewonnenen Erkenntnisse könnten sie ihr Unfallrisiko deutlich senken.

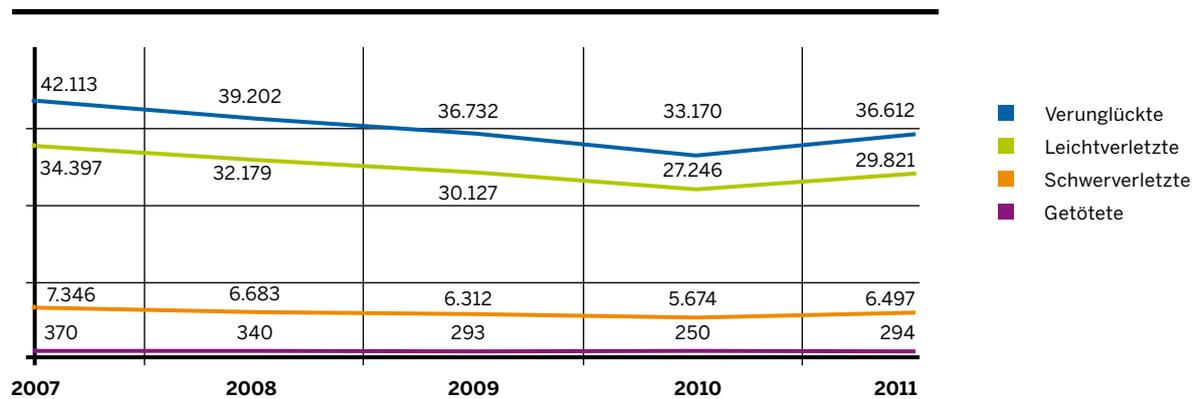
@ Mehr Informationen zur Verkehrsunfallstatistik 1. Hj. 2011 (Zahlen, Daten, Fakten) und das neue Informationsfaltblatt »Motorradfahren – aber sicher!« mit nützlichen Sicherheitstipps finden Sie im Internet unter: www.polizei.nrw.de



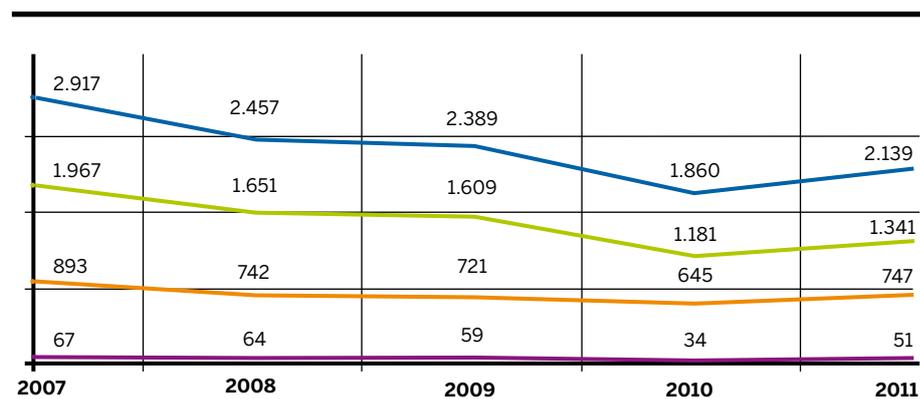


Foto: Mikael Damkier Fotolia

Grafik 01 /// Verunglückte gesamt 1. Halbjahr 2007 – 2011



Grafik 02 /// Verunglückte Motorradfahrer (aktiv und passiv) 1. Halbjahr 2007 – 11





Der Strich auf der Ravensberger Straße im Dortmunder Norden bereitete der Polizei lange Zeit keine großen Probleme.

Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen Stadt Dortmund und die Polizei verbessern gemeinsam die Situation in der Dortmunder Nordstadt

Seit der EU-Erweiterung 2007 erfuhr die Dortmunder Nordstadt eine erhebliche Zuwanderung aus osteuropäischen Ländern. Insbesondere der unkontrollierte Zuzug von Menschen aus Armutsvierteln in Bulgarien spielte eine zentrale Rolle. In kurzer Zeit wurde dieser Stadtteil, der schon immer ein Ort der Migration und des Rückzugs für gesellschaftliche Randgruppen war, einer neuen Bewährungsprobe ausgesetzt. Schnell entstand ein geschlossenes System aus Straßenstrich, billigem Wohnraum und einer Infrastruktur aus Teestuben, Internetcafes und Spielhallen.

Die Situation wurde unhaltbar: Menschenansammlungen blockierten zu jeder Tages- und Nachtzeit die Gehwege und Mittelstreifen, auf denen gegrillt und gekocht wurde. Viele schliefen in den Kofferräumen abgestellter Fahrzeuge oder auf Bürosesseln der zahlreichen Internetcafes. In leer stehenden, vermüllten Wohnungen wurden Matratzenlager eingerichtet, die auch von Ungeziefer heimgesucht wurden. In manchen Häusern wurden Armaturen, Leitungen und Heizkörper herausgerissen. Über allem schwebte der penetrante Geruch von Urin



Foto: Bandermann, Ruhrnachrichten

Den Freiern und Zuhältern wurde durch eine mehrsprachige Beschilderung signalisiert: Der Straßenstrich im Dortmunder Norden ist geschlossen.



Fotos (2): PP Dortmund

Die so genannten »Verrichtungsboxen« des Strichs Ravensberger Straße wurden im Zuge der Maßnahmen abgerissen.

und Fäkalien. Leicht bekleidete Prostituierte auf dem Weg von der Wohnung zum Straßenstrich wurden für die auf den Straßen spielenden Kinder zum täglichen Anblick. Es entwickelte sich eine offene Drogenszene, Straftaten im Bereich der Eigentums-, Betrugs- und Körperverletzungsdelikte stiegen in einigen Unterbezirken rasant an.

Mit einzelnen ordnungsbehördlichen und polizeilichen Maßnahmen war diesen Problemen nicht beizukommen.

Bereits in 2008 hatte das PP Dortmund versucht, die Situation im Rahmen eines dreimonatigen Sondereinsatzes mit vereinten Kräften in den Griff zu bekommen. In dieser Zeit zeigte die Dortmunder Polizei eine hohe Präsenz vor Ort. Wenn aus Ansammlungen Vermüllung und Verschmutzung hervorgingen, wurden diese aufgelöst. Die offene Drogenszene wurde mit Hilfe von Bereichsbetretungsverboten aus dem Problemviertel verdrängt. Doch der Erfolg verpuffte nach dem Ende der Maßnahme wieder. Eine nachhaltige Veränderung der Situation konnte nicht erreicht werden.

Seit 2008 entwickelte sich aus Wohnbevölkerung, Politik und örtlichen Institutionen eine Allianz gegen die Auswirkungen des

Straßenstrichs und der »Verslumung« des Viertels. Leitende Mitarbeiter der Polizeiwache im Dortmunder Norden informierten über die Auswirkungen aus polizeilicher Sicht. Selbst Schüler und Lehrer demonstrierten vor dem Rathaus, um auf die Situation in der Nordstadt aufmerksam zu machen.

Gründung der »BAO Nordstadt«

Das Engagement von Politik und Öffentlichkeit zeigte Erfolg: Anfang 2011 vereinbarten der Oberbürgermeister und der Polizeipräsident der Stadt Dortmund einen ganzheitlichen Bekämpfungsansatz und entwickelten ein behördenübergreifendes Maßnahmenkonzept.

Dieses umfasst u.a. baurechtliche Maßnahmen bis hin zur Schließung von Problemhäusern, die konsequente Durchsetzung der Pflichten von Abfallverursachern, Maßnahmen des Gesundheitsamtes nach dem Hygienerecht, Jugendschutzkontrollen, Durchsetzung der Schulpflicht von Kindern, stringente Bekämpfung der Schwarzarbeit sowie konsequentes Vorgehen gegen illegales Glücksspiel. Ein entscheidender Umkehrpunkt war die



Die bulgarischen Kollegen bei der Arbeit: PK Alen Djonev, Stoyan Imandiev, Hristo Trendafilov (v. links)

Änderung der Sperrgebietsverordnung, die im Mai 2011 rechtskräftig wurde. Diese untersagt unter anderem die Straßenprostitution im gesamten Dortmunder Stadtgebiet. Dies bedeutete unter anderem das Aus für den bisherigen etablierten Straßenstrich hinter einem großen Baumarkt in der Dortmunder Nordstadt, der bereits im Jahr 2000 unmittelbar angrenzend an das damalige Sperrgebiet und nahe innerstädtischer Wohnbebauung eingerichtet worden war. Etwa 40 bis 60 drogenabhängige Prostituierte sowie Hausfrauen-Prostituierte, die bis dato in den Wohngebieten der Nordstadt anschafften, gingen ab diesem Zeitpunkt dort ihren Geschäften nach. Der Straßenstrich hatte eine überregionale Sogwirkung, war in der Szene akzeptiert und stellte zunächst polizeilich keine besondere Problematik dar, bis schließlich massive Zuwanderungen zu der beschriebenen Situation führten.

Die Stadt Dortmund richtete eine Taskforce ein, die sich den aufgeführten vielfältigen kommunalen Aufgaben widmete. Strategische Ausrichtungen und Abstimmungen zwischen der Stadt Dortmund und der Polizei wurden in einer gemeinsamen Lenkungsgruppe vereinbart.

In der Polizeiwache Nord wurde eine Vielzahl von Polizeibeamten aus den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen gebündelt. In der »BAO Nordstadt« wurden die örtlichen Kollegen der Polizeiinspektion 2 durch Kollegen der Bereitschaftspolizei, der Polizeisonderdienste, also der Hundertschaft, der Hundestaffel und Reiter, unterstützt. Die Direktion Kriminalität richtete eine Ermittlungsgruppe ein, um Straftaten mit örtlichen Bezügen konzentriert zu bearbeiten und Strukturen aufzuhellen. Für einen Monat wurde ein kompletter Einsatzzug aus 35 Beamten fest für diese Maßnahme der Polizeiwache Nord unterstellt. Das hatte es in NRW zuvor noch nie gegeben und es hat die Beamten vor Ort enorm motiviert.

Temporär waren und sind auch weiterhin bis zu 150 Kolleginnen und Kollegen eingesetzt, um nachhaltige Wirkungen in einem nur etwa zwei Quadratkilometer großen Problembereich im Schleswiger Viertel rund um den Nordmarkt in Dortmund innerhalb des Wachbereiches der Polizeiwache Nord zu erzielen.

Hilfe aus Bulgarien

Eine neue Erfahrung war, dass die bulgarische Botschaft in Berlin



Foto: Adrian Klöse



Eine typische Ansammlung im »Schleswiger Viertel« vor Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds

Foto: Bandermann, Ruhrnachrichten

für zwei Wochen Unterstützung durch zwei szenekundige Beamte aus Plovdiv zugesagt hatte. Die bulgarischen Kollegen Hristo Trendafilov und Stoyan Imandiev trafen hier auf altbekannte Gesichter und Clan-Chefs aus dem Elendsviertel Stolopinovo in Plovdiv und sorgten durch ihr Erscheinen für starke Verunsicherung in der Dortmunder Bulgarenszene: »Ich habe schon in Plovdiv gehört, dass ihr kommt, ich habe das nicht geglaubt«, so einige Bulgaren in der Nordstadt beim Anblick der Polizisten – und waren fortan nicht mehr gesehen.

Aus der erfolgreichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit entwickelte sich nebenher ein freundschaftliches Verhältnis der Beamten untereinander, was sogar zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten, wie zum Beispiel einem von den bulgarischen Kollegen gewünschten Zoobesuch führte.

Es erfolgten zahlreiche Überprüfungsaktionen und Stubendurchgänge, unzählige Platzverweise und Berichte sowie massive Kontrollen zur Einhaltung der neuen Sperrbezirksverordnung nach Schließung des Straßenstrichs.

Die zahlreichen verdeckten Maßnahmen und die offenen Präsenzstreifen unter Beteiligung der städtischen Ordnungspartner

sowie gewerberechtliche Maßnahmen des Ordnungsamtes scheinen für erste Erfolge gesorgt zu haben. Der Straßenstrich ist nicht mehr existent, Prostituierte werden nur noch vereinzelt auf den Straßen angetroffen. Rückmeldungen aus der Bevölkerung ergaben, dass sich die vorher beschriebenen unhaltbaren Zustände stark verbessert haben. Auch wenn es auf den Straßen im Norden augenblicklich ruhiger geworden zu sein scheint, ist allen Beteiligten klar, dass sie einen langen Atem brauchen, um nachhaltige Erfolge zu erzielen. In den Anstrengungen darf nicht nachgelassen werden. Aber für weitere Unterstützung ist gesorgt, denn die polizeilichen Maßnahmen werden auch zukünftig durch die bekannten bulgarischen Kollegen unterstützt. Sie sind seit dem 17. Juli wieder in Dortmund tätig. /// **Ludger Merschjohann**

Fit für die Kommunikation im Krisenstab

Fortbildung und Einweisung für 46 neue Verbindungskräfte der Polizei



Während eines Wettkampfes in einer vollbesetzten Sporthalle gibt unerwartet die Leimbinderkonstruktion des Hallendaches nach und stürzt vollständig zu Boden. Etwa 350 Sportlerinnen und Sportler sowie Zuschauer sind von dem Unglück unmittelbar betroffen. Es ist mit einer Vielzahl von Toten und Verletzten zu rechnen. Polizei, Feuerwehr, Rettungs- sowie Betreuungsdienste befinden sich auf dem Weg zum Einsatzort.

Dieses Szenario war Ausgangslage für eine Einweisung von Verbindungskräften der Polizei, die bei größeren Schadenslagen und Katastrophen, aber auch bei Anschlägen in die Führungsgremien der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr entsandt werden. Die Einweisung in diese besondere Funktion fand am 5. und 17. Mai 2011 in Münster statt und wurde bereits zum vierten Mal vom Ständigen Stab des Polizeipräsidiums Münster in Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr Münster vorbereitet und durchgeführt.

Insgesamt wurden 46 Kollegen aus allen Kreispolizeibehörden im Zuständigkeitsbereich des PP Münster gem. §4 KHST-VO in einer Tagesveranstaltung auf ihre Aufgaben in einem Krisenstab bzw. einer taktisch-operativen Einsatzleitung vorbereitet. Bei den Teilnehmern handelte es sich überwiegend um Wachleiter und Leiter von Kriminalkommissariaten. Einige der Kollegen konnten persönliche Erfahrungen einbringen, die sie bereits im Einsatz, aber auch bei Übungen am Institut der Feuerwehr NRW in Münster, gemeldet hatten.

Verbindungskräfte erfüllen eine wichtige Funktion

Während der Veranstaltung wurde allen Kollegen rasch deutlich: Die Rolle und Bedeutung von Verbindungskräften darf nicht unterschätzt werden. Die Auffassung einiger Teilnehmer, man sei nur »Sprachrohr« des Polizeiführers und Übermittler von Lageinformationen, wurde sehr schnell revidiert. Die Gründe liegen auf der Hand: Eine gemeinsame Einsatzbesprechung von Polizei und nichtpolizeilicher

Gefahrenabwehr auf Führungsebene lässt sich in dynamischen Lagen erfahrungsgemäß kaum oder erst sehr spät realisieren. Die unmittelbare Abstimmung von Einsatzmaßnahmen und der Austausch von Lageinformationen im laufenden Einsatz finden daher hauptsächlich über die Verbindungskräfte statt. Eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Zusammenwirken im Einsatz sind Kenntnisse zum speziellen Aufgabenspektrum der eigenen Organisationseinheit und der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Polizeiliche Verbindungskräfte in einer Einsatzleitung bzw. einem Krisenstab sind somit fachlich in doppelter Hinsicht gefordert. »Wir müssen eine Sprache sprechen, sonst gehen wir unter«, merkte ein Teilnehmer aus der Kreispolizeibehörde Steinfurt zutreffend an. Seitens der Referenten wurde es ähnlich ausgedrückt: »Wer nicht sprachfähig ist, findet keine Akzeptanz!«

So viel Gesetz wie nötig, so viel Praxis wie möglich

Die Veranstaltung durfte nicht mit Detailwissen überfrachtet werden – das war die

einheitliche Meinung der Organisatoren von Polizei und Feuerwehr bei der Planung der Veranstaltung. Berücksichtigt werden sollte jedoch der Umstand, dass Polizei und Organisationen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr ihre Einsatzvorbereitungen in den letzten Jahren intensiviert und kontinuierlich verbessert haben. Einsatzkonzepte wurden hierbei neu ausgerichtet, beispielsweise durch die Einführung von *GSL.NET* oder *PASS NRW1*. Den Kollegen sollten daher zumindest wesentliche Teilkonzeptionen vorgestellt werden, ohne in die Tiefe zu gehen. Hier galt es, die goldene Mitte zu finden: So viel Gesetze und Vorschriften wie nötig – so viel Erfahrungswissen und praktische Hinweise wie möglich.

Die Einweisung der Kollegen begann am Vormittag im Polizeipräsidium Münster. »Verbindungskräfte sind keine Polizeiführer«, so Polizeidirektor Martin Mester, Polizeiinspektionsleiter beim PP Münster, der sich in seiner Eigenschaft als benannter Polizeiführer an die Verbindungskräfte wandte und seine Erwartungshaltung im Einsatz äußerte. Anschließend wurden den Kollegen die Einsatzstrukturen und wesentlichen Maßnahmen von Polizei und nichtpolizeilicher Gefahrenabwehr, die Schnittstellen zur nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr sowie die Aufgaben als Verbindungskraft verdeutlicht.

Auch zwei weitere Fachvorträge erwiesen sich für die Teilnehmer als wertvoll: Kreisdirektor Dr. Martin Sommer, bestellter Leiter des Krisenstabes beim Landrat Steinfurt, berichtete vorrangig über seine Einsatzerfahrungen (u. a. die Schneekatastrophe im November 2005 sowie die Hochwasserlage im August 2010) und hob die positive Zusammenarbeit mit der Polizei hervor. »Von dem Polizeibeamten im Krisenstab erwarte ich, dass er jederzeit auch für den Krisenstab mitdenkt!«, so seine Botschaft an die Kollegen. Auch LtD. Branddirektor Benno Fritzen, Leiter der Feuerwehr Münster, schilderte seine Eindrücke und Erfahrungen, die er als Einsatzleiter bei Großschadenslagen gewinnen konnte. Dieser für die Kollegen wertvolle Perspektivwechsel trug wesentlich dazu bei, die eigene Rolle im Einsatz nachvollziehen zu können. »In

der Einsatzleitung der Feuerwehr muss ein Entscheider der Polizei sitzen, keine Verbindungsperson«, so die bewusst provokante Forderung von LtD. Branddirektor Fritzen, die anschließend in einer lebhaften Diskussion erörtert wurde. So nachvollziehbar diese Forderung aus Sicht der Feuerwehr auch erscheint, sie ist mit den unterschiedlichen Führungssystemen nicht vereinbar. Gerade aus diesem Grund kommt den Verbindungskräften eine herausragende Bedeutung zu. Die Veranstaltung endete mit einer Vorstellung des Einsatzleitwagens der Berufsfeuerwehr Münster, von dem aus die Einsatzleitung der Feuerwehr und somit auch der polizeiliche Verbindungsbeamte agieren. Den frisch eingewiesenen Verbindungskräften wurde abschließend empfohlen, mit ihren örtlichen Krisenstabs- und Einsatzleitern Kontakt aufzunehmen, um sich – unabhängig von einer konkreten Einsatzlage – bekannt zu machen und auszutauschen.

Einweisung darf nicht »nebenbei« erfolgen

Die Rückmeldungen der Kollegen waren durchweg positiv. Das Interesse und die Diskussionsbereitschaft der Teilnehmer trugen auch aus Sicht der Referenten und Organisatoren zu einer gelungenen und informativen Veranstaltung bei.

Im Ergebnis dürften die Verbindungskräfte folgende Erkenntnisse mit in ihre Dienststellen genommen haben:

- > Verbindungskräfte sind unverzichtbar für den Abstimmungsprozess zwischen den verschiedenen Führungsgremien, sie selbst treffen aber keine Führungsentscheidungen.
- > Verbindungskräfte machen polizeiliches Handeln transparent und ermöglichen dadurch ein koordiniertes Zusammenwirken.
- > Polizeiliche Verbindungskräfte haben durch ihre Mitwirkung in den Führungsorganen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr einen unmittelbaren Einfluss darauf, wie professionell die Institution Polizei im Rahmen der Lagebewältigung wahrgenommen wird.
- > Die hohe Informations- und Aufgabendichte im Einsatz lässt deutlich werden, dass eine adäquate Einweisung nicht »nebenbei« erfolgen kann. Sie ist zwingend und muss verantwortlich vorbereitet werden.
- > Eine Einweisung sollte kein einmaliges Ereignis sein. Die Erforderlichkeit einer Auffrischung muss von den verantwortlichen Dienststellen regelmäßig geprüft werden. ///

**Stefan Arens, Lothar Foecker,
Franz-Josef Andrasch**



Fotos (2): Rupert Oberhäuser





Ein Jahr nach der Loveparade-Katastrophe

Am 24. Juli 2010 starben während der Loveparade in Duisburg 21 Menschen; zahlreiche wurden verletzt. Die Polizei NRW gedenkt der Opfer und ihrer Angehörigen.

Informationen zur Loveparade-Katastrophe und wie die Polizistinnen und Polizisten dieses schreckliche Geschehen erlebt haben, finden Sie in der Sonderausgabe des Magazines der Polizei NRW *Streife* im Internet.

Weitere umfangreiche Informationen sind auf den Internetseiten des MIK NRW hinterlegt. Dort sind im Gegensatz zur *Streife* alle Reden aus dem Landtag, dem Innen- und Rechtsausschuss und den Pressekonferenzen inklusive erläuternder Anlagen zu den Ereignissen in Duisburg chronologisch und ungekürzt hinterlegt.

@ Weitere Infos unter:
www.polizei.nrw.de/magazin/streife/sonderausgaben

Auf der Seite des MIK NRW:
<http://www.mik.nrw.de>
 (Suchwort »Loveparade« eingeben)





Fotos (3): Jochen Tack



Bessere Ausbildung für die Profis Trainingszentrum für Spezialeinheiten wurde modernisiert

Die Spezialeinheiten der nordrhein-westfälischen Polizei wurden im vergangenen Jahr in 821 Fällen zu Einsätzen wie Geiselnahmen, Entführungen, zur Aufklärung von Tötungsdelikten, zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und zu Bedrohungslagen gerufen.

»Für die erfolgreiche und qualifizierte Arbeit gibt es eine sehr gute Ausbildung, ständiges Training und modernste technische Ausstattung«, sagte Innenminister Ralf Jäger im Trainingszentrum der nordrhein-westfälischen Spezialeinheiten in Hemer-Hönnetal (Sauerland). Die Anlage in einem ehemaligen Steinbruch wurde jetzt umfangreich modernisiert und saniert. Das Land Nordrhein-Westfalen investierte dafür rund eine Million Euro.

Das Trainingszentrum ist einzigartig in Europa und wird nicht nur von der NRW-Polizei, sondern auch von Polizisten des Bundes, anderer Länder und europäischer Partnerländer genutzt. Allein im vergangenen Jahr gab es 327 Fortbildungsveranstaltungen auf den Schießständen, dem Sprengübungsplatz, der Hindernisbahn, in und an den Übungshäusern sowie auf dem Fahrparcours. »Eine ständige

Weiterbildung ist für die anspruchsvolle Arbeit der Spezialeinheiten unerlässlich«, erklärte Jäger.

Vier Spezialeinheiten für besondere Aufgaben

Die NRW-Polizei verfügt in den sechs Polizeipräsidien Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster über 660 hoch professionelle und spezialisierte Frauen und Männer zur Bewältigung schwieriger und gefährlicher Einsätze. Zu den Spezialeinheiten gehören: Spezialeinsatzkommandos (SEK), die insbesondere bei Zugriffs- und Schutzmaßnahmen eingesetzt werden, wenn Täter bewaffnet oder gewalttätig sind. Mobile Einsatzkommandos (MEK) führen vorrangig Observations- und Fahndungsaufgaben in besonders schwerwiegenden Kriminalfällen durch. Die Verhandlungsgruppen (VG) werden zur Gesprächsführung sowie zur notwendigen polizeilichen Betreuung von Menschen in psychischen Ausnahmesituationen eingesetzt. Technische Einsatzgruppen (TEG) sind für den Einsatz von hochspezialisierter Technik verantwortlich.

Zu den Aufgaben der hochtrainierten Polizisten gehören die Bewältigung von Geiselnahmen, Entführungen,

Erpressungen und Bedrohungen mit Waffen. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus gilt zudem als die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. »Ein demokratischer Rechtsstaat braucht leistungsfähige Sicherheitsbehörden, die den Inneren Frieden gewährleisten«, erklärte Minister Jäger und ergänzte: »Und da sind auch die vielen alltäglichen Bedrohungen mit gefährlichen Gegenständen und Waffen im familiären Bereich und im unmittelbaren sozialen Umfeld, die speziell ausgebildete Polizeibeamte erfordern.« Derartige Konflikte führen häufig zu erheblichen Gefahren für Leib, Leben und Freiheit von Menschen. Jäger: »Diese Situationen werden ebenso trainiert wie die Festnahme gesuchter Gewalttäter und die Observationen von Schwerstkriminellen.«

///

Redaktion Streife

@ Weitere Infos unter:
www.polizei.nrw.de



KOMM ZU UNS!

Mit dieser Aufforderung hat die nordrhein-westfälische Polizei ihre Personalwerbekampagne für die Spezialeinheiten gestartet. Unter den CN-Pol Telefonnummern 07 671 657 / SEK, 07 671 673 / MEK und 07 671 642 / TEG / VG informieren ab sofort erfahrene Mitarbeiter interessierte Kolleginnen und Kollegen über die Anforderungen des Auswahlverfahrens und über den anspruchsvollen Dienst bei den Spezialeinheiten.

Die Bewerberinnen und Bewerber, die beim nächsten Stichtag, dem 1. September 2011, mindestens drei (SEK) bzw. fünf Jahre im Wachdienst, der Bereitschaftspolizei oder im Ermittlungsdienst gearbeitet haben, werden in einem wissenschaftlichen Auswahlverfahren auf Intelligenz, Leistungsfähigkeit und -bereitschaft, soziale Kompetenz, körperliche Fitness und psychische Stabilität getestet. Nach dem Auswahlverfahren folgt eine einjährige Spezialfortbildung. Dabei werden Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt, die zur erfolgreichen Bekämpfung der Schwerst- und Gewaltkriminalität unbedingt erforderlich sind. Hierzu gehört neben rechtlichen, psychologischen, soziologischen, taktischen und technischen Kenntnissen auch die intensive Auseinandersetzung mit ethischen Fragen, wie z. B. dem Einsatz von Schusswaffen gegen Menschen.



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Landesamt für Ausbildung,
Fortbildung und
Personalangelegenheiten



Spezialistinnen und Spezialisten

SEK

MEK

TEG

VG

gesucht.

Du bewältigst gerne im Team große Herausforderungen
und bist besonders

- leistungsbereit
- zuverlässig
- verantwortungsbewusst
- kommunikativ
- technisch interessiert.

KOMM ZU UNS!

Telefon 07 671 657 SEK
07 671 673 MEK
07 671 642 TEG/VG



Eine Friedensmission zwölf Jahre nach Kriegsende EULEX – Rule of Law für das Kosovo

»Wenn wir nicht zu den Problemen gehen, werden diese Probleme irgendwann zu uns kommen.«

Zurzeit beherrschen die Krisenherde in Libyen, Syrien, Ägypten oder Afghanistan die Berichterstattung. Dabei sollte man aber das Kosovo und seine Bedeutung für die Sicherheit in Europa nicht aus den Augen verlieren. Zwar gibt es im Kosovo keine kriegerischen oder bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen mehr und die Lebensverhältnisse haben sich seit dem Ende des Krieges 1999 durch die internationale militärische und zivile Präsenz ständig weiterentwickelt. Jedoch steht der junge Staat immer noch vor enormen Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Aufbau der Polizei des Kosovo zu einer rechtsstaatlichen Institution sowie das Zurückdrängen der politischen Einflussnahme auf Recht und Gesetz in den verschiedensten Lebensbereichen erfordern nach wie vor eine enorme Kraftanstrengung der meisten Staaten der Europäischen Union mit Unterstützung von Drittstaaten. Immer noch stehen sich Albaner und Serben in der Region Mitrovica im Norden des Kosovo unver-

söhnlich gegenüber und eine friedliche Einigung beider Seiten scheint weiter entfernt denn je.

Seit der Befreiung des Kosovo von serbischen Truppen und Polizeieinheiten durch NATO-Truppen im Jahr 1999 und der Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 1244, die das Kosovo unter UN-Mandat stellte, sorgte zunächst die UN-Mission UNMIK für den Aufbau einer staatlichen Verwaltung mit all ihren Facetten. Schon in dieser Zeit lag der Schwerpunkt auf der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Das wurde durch die Entsendung von über 4.000 Polizeibeamten aus fast 50 Nationen sichergestellt, die mit einem stabilen Exekutivmandat ausgerüstet wurden. Fast gleichzeitig ging UNMIK daran, eine lokale Polizei zu etablieren, den »Kosovo Police Service«, dem schrittweise immer mehr Befugnisse übertragen wurden.

Bereits im Jahr 2006 deutete sich an, dass das Mandat der UNMIK aufgrund der spezifischen europäischen Problemstellungen auf dem Balkan an die Europäische Union übertragen werden sollte. Es dauerte dann aber noch gut zwei Jahre, bis die »European Union Rule of Law Mission« (EULEX) die Verantwortung von der UNMIK übernahm. EULEX ist die bislang

größte »Rule of Law«-Mission der EU.

Europäische Polizeiarbeit im Kosovo

Zu den Zielen von EULEX gehört es, die staatlichen Institutionen im Bereich Justiz, Polizei und Zoll beim Aufbau rechtsstaatlicher, nachhaltiger und multi-ethnischer Strukturen auf der Basis europäischer Standards zu unterstützen. Dabei steht das Prinzip der »Ownership« im Vordergrund, also die Eigenverantwortung der Institutionen des Kosovo. Deutschland beteiligt sich an allen drei Komponenten: Justiz, Polizei und Zoll. Dies geschieht einerseits durch die Entsendung ziviler Experten durch das »Zentrum für Internationale Friedensforschung« (ZIF). Über die Arbeitsgruppe Internationaler Polizeimissionen (AG IPM) werden aber auch Polizeibeamte ins Kosovo entsandt.

Die EULEX-Mission umfasst zurzeit rund 2.800 Mitarbeiter, darunter 1.700 internationale und etwa 1.100 lokale Kräfte. Das jährliche Budget beläuft sich auf zirka 160 Mio. Euro. Mit fast 75 Prozent der Kräfte stellt Polizeiarbeit die mit Abstand größte Säule dar. Sie ist der Kernbereich der Mission.

Seit Beginn der EULEX-Mission liegt die Leitung der Polizeiarbeit in nordrhein-westfälischen Händen. Polizeidirektor



Besuch beim Special Police Department in Mitrovica

(PD) Rainer Kühn war der erste »Head of Police Component«. Seine Aufgabe war die Etablierung und Strukturierung der Polizeikomponente.

Ab Februar 2010 hatte PD Udo Möller, der ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen stammt, das Amt von Rainer Kühn übernommen. Er hatte sich in einem europaweiten Auswahlverfahren durchgesetzt. Sein Nachfolger ist seit August 2011 ein dänischer Kollege.

Strategische Zielsetzung

Die Polizeiarbeit findet nach der internationalen und gerichtlichen Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo im Jahre 2010 in einem politisch zunehmend schwieriger werdenden Umfeld statt. Versuchen doch beide Seiten – Serbien und das Kosovo – bei den »bilateralen Gesprächen«, ihre Positionen durchzusetzen.

Seit Beginn seiner Tätigkeit legte Udo Möller als »Head of Police« einen besonderen Schwerpunkt auf drei Kernbereiche:

- > Die Steigerung der effizienten Bekämpfung organisierter Kriminalität sowohl durch die EULEX-Polizeikomponente als auch durch die Zusammenarbeit mit der Sonderstaatsanwaltschaft für das Kosovo (SPRK)
- > Die Fortentwicklung der »Kosovo Police« (KP) als professionelle und bürgerorientierte Polizei

> Die deutliche Steigerung der polizeilichen Präsenz im Norden der Region Mitrovica.

Getragen vom Willen der Mitglieds- und Drittstaaten ist der Norden des Kosovo nun auch als gesamtstrategisches EULEX-Missionsziel besonders im Fokus der Aufmerksamkeit. Die Integration des mehrheitlich von Serben bewohnten Nordens in das Gesamtgefüge der Republik Kosovo wird dafür strategisch neu angegangen. Bislang war die Vorgabe der Mitgliedsstaaten, die Lage im Norden ruhig und stabil zu halten. Jetzt sollen die notwendigen Reformen, insbesondere auch im Justiz- und Zollsektor, schrittweise eingeführt werden. Radikale Elemente, parallele Strukturen und organisierte Kriminelle werden auch weiterhin versuchen, den Status quo zu erhalten. Die »EULEX Police Component« wird ein integratives und die Komponenten übergreifendes Sicherheitskonzept umsetzen, das substanziell, nachhaltig und auf Dauer angelegt ist.

Die drei Säulen des Sicherheitskonzepts

Das »Police Strengthening Department« (PSD) ist in den Dienststellen der kosovarischen Polizei vertreten und betreibt dort Monitoring, Mentoring und Advising (Beobachten/Analysieren, Wissen Vermitteln, Beraten). Es berät also einheimische

Polizeibeamte auf allen Ebenen und in fast allen Bereichen. In dieser Abteilung sind Polizeifachleute aus mehr als 30 Ländern auf den regionalen Ebenen tätig, und zwar in den Bereichen Einsatz, Kriminalität und Verkehr. Eine besondere Herausforderung stellt die Beratung bei multi-ethnischen Kriminalitätssachverhalten dar. Die Dienststelle wird bisher durch einen ungarischen und zukünftig durch einen britischen Kollegen geleitet.

Im »Special Police Department« (SPD) sind geschlossene Einsatzeinheiten und die polizeilichen Spezialeinheiten zusammengefasst, die mit Exekutivbefugnissen ausgestattet sind und insbesondere auf Weisung des Head of Police alle sicherheitsrelevanten Einsätze im Norden wie z. B. High-Risk-Festnahmen und Durchsuchungen vornehmen sowie alle Demonstrationen beobachten. Darüber hinaus ist dem SPD die Sicherheit der EULEX-Angehörigen anvertraut. Der gegenwärtige Leiter ist Kriminaloberrat Bernd Reimann aus NRW.

Das »Police Executive Department« (PED) schließlich umfasst die kriminalpolizeilichen Dienststellen mit vollständigen Exekutivbefugnissen in den Bereichen Organisierte Kriminalität (OK), Finanzermittlungen, Kriegsverbrechen und Terrorismusbekämpfung. So konnten im letzten Monat sieben verdächtige



Lagevortrag beim COMKFOR, General Erhard Bühler

Kriegsverbrecher in einem international abgestimmten und durchgeführten Einsatz vorläufig festgenommen werden. Hoch sensible Ermittlungen sind alltägliche Praxis, z. B. gegen Politiker, die in einem Bericht des Schweizer Europarat-Abgeordneten Dick Marty des Organhandels, des Auftragsmords und weiterer Verbrechen während des Kosovo-Krieges beschuldigt wurden. Die Leitung obliegt einer amerikanischen Kollegin aus dem New York Police Department.

Darüber hinaus ist dort das Herz der Informationssammlung zur Bekämpfung der Schwerstkriminalität (EUOCI) unter Leitung von Kriminalrat Rainer Müller aus NRW angesiedelt. In dieser Dienststelle werden alle kriminalpolizeilichen Informationen aus der EU, Drittländern sowie dem Südosten Europas gesammelt, analysiert, bewertet und den EULEX-Dienststellen sowie den Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt.

Gegenwärtige Ziele und Aktivitäten

Ein Schwerpunkt der Anstrengungen der EULEX-Polizeikräfte liegt im serbisch dominierten Norden des Kosovo. Die Kosovo-Polizei (KP) dort wird zwar vom Kosovo bezahlt, besteht aber ausschließlich aus serbischen Kollegen und untersteht direkt dem Kommando des »Head of EULEX Police«. Die Mission versucht nun

in einem auf alle Komponenten ausgeweiteten Ansatz, die gesamte Region Mitrovica verstärkt zu betreuen. So wurde eine »Task Force Mitrovica« gegründet, in der die Polizei in Absprache mit der Staatsanwaltschaft und dem Zoll verstärkt gegen organisierte Kriminalität in der gesamten Region (Nord- und Süd-Mitrovica) vorgeht. Weitere Bausteine sind die Betreuung »Gefährlicher Orte« durch Fußstreifenbeamte, ein »Community-Policing-Concept« und eine Drogenpräventionskampagne. Da allerdings im Norden schon kleinste Maßnahmen gravierende Sicherheitsauswirkungen haben können, gilt es, alle polizeilichen Maßnahmen sorgfältig vorzubereiten, u.a. unter Beteiligung der NATO-Truppen KFOR.

Exemplarisch seien hier der Angriff auf eine »Traffic Unit« sowie eine gewalttätige Auseinandersetzung an der Austerlitzbrücke in Mitrovica erwähnt. Hier gerieten nach einem im Fernsehen übertragenen Spiel der Basketball-WM, die in der Türkei stattfand, serbische und albanische Hooligans ohne erkennbaren Grund aneinander. EULEX-Polizeikräfte wurden massiv angegriffen. In solchen Auseinandersetzungen wird auch vor dem Einsatz von Schusswaffen seitens der Randalierer nicht zurückgeschreckt. Bei diesem Einsatz wurde ein französischer Kollege durch einen Schuss schwer verletzt.

Was wurde erreicht?

Es gelang der EULEX-Polizeikomponente, die Kosovo-Polizei im Rahmen ihrer Neuorganisation fachlich qualifiziert zu begleiten und an europäischen Standards auszurichten. In enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Akteuren fand die Arbeit der EULEX-Polizeiarbeit breite Anerkennung bis zum Premierminister. Angelehnt an diese Neuorganisation wird sich auch die Struktur und der Zuschnitt der EULEX-Polizeikomponente nun zwangsläufig verändern müssen. Mehr und mehr Befugnisse werden zukünftig an die Kosovo-Polizei übertragen, so dass sich der Schwerpunkt der EULEX-Polizeiarbeit zukünftig auf den Bereich Monitoring, Mentoring and Advising beziehen wird. Bereits heute arbeiten in sogenannten »Joint Investigations« in Fällen von brisanten Verfahren der Organisierten Kriminalität internationale und nationale Kollegen zusammen.

Ebenfalls in enger deutscher Begleitung konnte die kosovarische Grenzpolizei umstrukturiert werden. Dieser gesamte Prozess mündet derzeit in eine Evaluierung der eigenen EULEX-Polizeistruktur und wird voraussichtlich im Frühsommer abgeschlossen.

Unter der Federführung von Udo Möller gelang es erstmals eine Übereinkunft mit den beiden großen Telefon- und



Foto: Ralf Hövelmann

Gelegenheit zum Gespräch zwischen Missionsangehörigen und Mitgliedern des NRW-Landtages (v.l.: Monika Düker, Elmar Beulmann und Thomas Stotko).

Mobilfunkbetreibern im Kosovo zur Telefonüberwachung abzuschließen, so dass ein weiteres Tool zur effizienten Bekämpfung der organisierten Kriminalität zur Verfügung steht.

Die Kosovo-Polizei wird nach einer Entscheidung des Innenministers ihre Vereinbarungen zur Telekommunikationsüberwachung den europäischen Standards anpassen.

Die erste multi-ethnische geschlossene Einsatzereinheit steht kurz vor ihrem ersten Einsatz. Die Implementierung einer lokalen Zeugenschutzdienststelle ist geplant und wird mit finanzieller Hilfe der Europäischen Kommission umgesetzt.

Mit dem Nachbarn Albanien konnte die »EULEX Police Component« ein so genanntes »Technical Agreement« zur polizeilichen Zusammenarbeit erarbeiten. Die Unterschrift ist ein weiterer Meilenstein im Rahmen der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der gesamten Region. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit der europäischen Grenzschutzbehörde FRONTEX.

Die Zusammenarbeit innerhalb des deutschen Polizeikontingents ist besonders gut und harmonisch. Zum Nutzen der Mission hat sich ein deutsches Netzwerk etabliert, zu dem u. a. der nordrhein-westfälische Kollege Rainer Müller als Head of EUOCI (Criminal Intelligence),

der amtierende Chef des Special Police Department Polizeioberst (POR) Bernd Reimann (ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen), der Chief Advisor Border Police, POR Thomas Seifert (Bundespolizei) sowie Kriminalrat Oliver Hoffmann (BW) als »Chief Advisor to KP Crime Police« gehören.

Neben den bereits erwähnten Aufgaben berät Udo Möller den Innenminister des Kosovo und den Chef der Kosovo Police. Der stellvertretende Chef der Kosovo-Polizei wird darüber hinaus vom deutschen Kontingentleiter Alban Ragg aus Rheinland-Pfalz beraten. Zahlreiche weitere deutsche Kolleginnen und Kollegen arbeiten an wichtigen Stellen innerhalb der EULEX-Polizeikomponente und leisten einen hervorragenden Beitrag im Interesse der Europäischen Union und unseres Landes.

Das hiesige Kontingentbüro »German Support Team«, bei dem die administrativen Fäden der Kontingentsleitung und der Kontingentsbetreuung zusammenlaufen, wird derzeit von EPHK Frank Harder geleitet – er stammt ebenfalls aus NRW.

Die Anwesenheit von fast 80 deutschen Polizeibeamten, darunter zahlreichen in Führungsverantwortung, wirkt sich positiv auf die Arbeit und auch Außendarstellung der EULEX-Polizeikomponente aus. Deutsche Polizisten stehen bei den kosovarischen Kollegen, der Bevölkerung des

Kosovo und bei ihren internationalen Partnern in hohem Ansehen.

Profis gesucht, keine Abenteurer

Durch den zukünftig geänderten Zuschnitt der EULEX-Polizeikomponente werden sich zwangsläufig auch die Anforderungen an zukünftige Teilnehmer der EULEX-Mission ändern. Es werden Kolleginnen und Kollegen benötigt, die durch ihre Persönlichkeit und ihre polizeiliche Erfahrung in der Lage sind, beratend und lenkend auf ihre lokalen Gegenüber einzuwirken. Jeder Bewerber hat sich einem qualifizierten Auswahlverfahren zu stellen. Allerdings sei hier auch angemerkt, dass die sehr gute Vorbereitung durch das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP), Dezernat 13 und andere Fortbildungsträger deutsche Bewerber sehr erfolgreich sein lässt.

Die Mission braucht Profis und keine Abenteurer. Beraten kann nur, wer sein Handwerk versteht und das gilt erst recht in einer »Rule of Law«-Mission. EULEX braucht Profis, insbesondere in den Bereichen: Führung auf allen Ebenen, Zeugenschutz, Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, Kriminalitätsanalyse, Spezialeinheiten und Stabsarbeit. Nach zwölf Jahren internationaler Beratung wissen auch unsere Kolleginnen und Kollegen im Kosovo, was professionelle

Polizeiarbeit bedeutet und sie formulieren es immer öfter klar und deutlich.

Die Kosovo-Polizei verfügt anders als EULEX Police über einen hohen Anteil von Kolleginnen. Darauf ist EULEX Police noch nicht eingestellt. Doch in einer Gesellschaft, die jahrzehntelang die Rolle der Frau im öffentlichen Leben verdrängt hat, sind mehr weibliche Polizeikräfte dringend vonnöten. »Als Head of Police würde ich im Interesse der Qualität und Effizienz unserer Beratung sowie einer nachhaltigen Organisationsentwicklung ein höheres Engagement unserer Kolleginnen in Auslandsmissionen ausdrücklich begrüßen«, so Udo Möller.

Hohe Zufriedenheit mit der Arbeit von EULEX

Mehr als 75 Prozent der Bevölkerung im Kosovo sind nach einer letzten Umfrage von US AID mit ihrer Polizei zufrieden. Darauf können die internationale Gemeinschaft und auch unser Land stolz sein. Gleichwohl bleiben die Herausforderungen im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität weiterhin eine Herausforderung für die Polizei des Kosovo und damit für die internationale Gemeinschaft, solange dieser hoch spezialisierte Bereich von der Kosovo-Polizei noch nicht vollständig abgedeckt werden kann und auch eine Gefahr für das gemeinsame

Europa darstellt. Dass diese Mission noch einige Jahre laufen wird, in welcher Form auch immer, steht außer Frage. Deutschland und damit auch Nordrhein-Westfalen sollten sich an dieser Mission weiter beteiligen. Das steht auch schon so in der Präambel der Missionsleitsätze: »Wenn wir nicht zu den Problemen gehen, werden diese Probleme irgendwann zu uns kommen.« /// **Frank Harder, Udo Möller**

Polizei NRW in Friedensmission auf dem Balkan Innenminister Jäger und NRW-Landtagsabgeordnete informieren sich in Pristina über Sicherheitslage im Kosovo



NRW-Innenminister Ralf Jäger, Inspekteur Dieter Wehe (Vorsitzender der Bund Länder Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen) und Mitglieder des Innenausschusses des nordrheinwestfälischen Landtags machen sich bei einem dreitägigen Besuch der europäischen Polizeimission im Kosovo (EULEX) gemeinsam ein Bild von der dortigen Sicherheitslage.

»Zurzeit sind 54 nordrhein-westfälische Polizisten in Friedensmissionen eingesetzt, davon versehen 13 ihren Dienst im Kosovo.« Wir möchten uns persönlich über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der deutschen Polizistinnen und Polizisten informieren«, erläuterte Jäger das Ziel der Reise. Die Verbesserung der Sicherheit im Kosovo

sei eine wichtige Voraussetzung, damit die Menschen ihre Zukunft dort erfolgreich gestalten könnten, sagte Jäger bei seinem Besuch in dem Balkanstaat, der 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt hatte: »Unsere Polizeibeamtinnen und -beamte leisten hier einen wichtigen Beitrag für den erfolgreichen Aufbau der kosovarischen Polizei.«

Micha Aust zeigt dem Minister wie Geldautomaten manipuliert werden.



NRW-Polizei rüstet gegen Internetkriminalität auf Innenminister Jäger stellt Kompetenzzentrum beim Landeskriminalamt vor

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen verstärkt den Kampf gegen die Computer- und Internetkriminalität. Dazu wurde im Landeskriminalamt NRW ein Kompetenzzentrum eingerichtet. »Cybercrime ist eine wachsende Gefahr für die Gesellschaft. Wir setzen hier einen strategischen Schwerpunkt und bündeln unsere Kräfte«, erklärte Innenminister Ralf Jäger.

Für Unternehmen und Behörden in NRW gibt es jetzt eine zentrale Ansprechstelle. Der vertrauensvolle Informationsaustausch erlaubt es, Cybercrime ganzheitlich zu bekämpfen. Zum Kompetenzzentrum gehören Ermittlungskommissionen für herausragende Verfahren, die Zentrale Internet-recherche, die Auswertestelle für Kinderpornografie sowie weitere Experten für Computerforensik, Telekommunikationsüberwachung, Auswertung, Analyse und Prävention.

Insgesamt werden rund 100 Polizeibeamte, Wissenschaftler und Techniker dort selbst ermitteln oder die Ermittler in den Polizeibehörden vor Ort unterstützen. »Zusätzlich machen wir auch dort mehr Polizisten durch verstärkte Aus- und Fortbildung für den Kampf gegen die Internetkriminalität fit«, sagte Jäger. »So stellen wir sicher, dass wir mit unseren Fähigkeiten und Methoden immer am Puls der Zeit bleiben.«

Im Jahr 2010 wurden in NRW 48.411 Straftaten registriert, die über das Internet begangen wurden. Die Fälle von Computer-

kriminalität, beispielsweise Computersabotage oder Datenveränderung, haben gegenüber 2009 um 4.234 Fälle auf 19.775 zugenommen. Das ist eine Steigerung um über 27 Prozent.

Kaum eine Straftat wird heutzutage noch ohne die Nutzung digitaler Medien begangen. Das Spektrum der Straftaten reicht von Angriffen auf komplexe Infrastrukturen, sensible Datenbestände von Firmen, staatliche Behörden und Institutionen sowie den Geldverkehr beim Onlinebanking, über die Erpressung von Unternehmen bis hin zu Kinderpornografie. Dabei werden die Ermittler zunehmend mit hoch professionellen und international handelnden Tätern konfrontiert, die die Klaviatur der technischen Möglichkeiten perfekt beherrschen und ihr Vorgehen ständig weiterentwickeln. »Das Internet und die digitalen Medien sind sowohl für den Einzelnen als auch für den Wirtschaftsstandort NRW unverzichtbar. Das Ausspähen von Bankdaten und Angriffe auf Computernetzwerke können jeden treffen«, warnte Jäger. So schleuste eine Bande aus Estland Schadsoftware auf Computer von Privatpersonen und Firmen. Im gesamten Bundesgebiet waren rund 400.000 Rechner mit den tückischen Trojanern infiziert. Damit wurden ordnungsgemäß getätigte Online-Überweisungen manipuliert und auf Täterkonten umgeleitet. Von dort wurden sie in bar abgehoben und ins Ausland gebracht. Der Schaden beträgt mehr als 230.000 Euro.

Dietmar Scheffler wertet Festplatten aus.



Fotos (5): Jochen Tack



Norbert Braun analysiert kleinste Speicherbausteine unter der Stereolupe.

Markus Steffan »hackt« live den PC des Ministers.



Sichergestellte »Skimming«-Exponate

Winzige Teilchen weisen den Weg

Sachverständige des LKA werten Bodenproben aus

Manchmal schüttelt Ulrike Schlesinger ungläubig den Kopf. So viel Dummheit hätte sie dem Ehemann und inzwischen geständigen Täter gar nicht zugetraut. Bei der Suche nach der seit Tagen vermissten Frau entdeckt die Polizei in der Garage des Ehepaares einen kaum benutzten Spaten, ein Paar verdreckter Schuhe und einige getragene Kleidungsstücke. Diese werden zum Landeskriminalamt (LKA) in Düsseldorf geschickt, wo sie auf Bodenproben untersucht werden sollen.



Auch unscheinbare Materialien wie Erde können wichtige Aufschlüsse über die Täter liefern.

Im Kriminaltechnischen Institut (KTI) wird man fündig. Die analysierten Proben passen nicht zum Umfeld und Garten des Hauses, auch nicht zu einem der Nachbarn.

Die Vergleichsproben stimmen mit den Schmutzanhaftungen an Spaten, Schuhen und Kleidung nicht überein. Die winzigen Partikel fügen sich für Ulrike Schlesinger wie ein Puzzle zu einem ganz anderen Bild zusammen und das weist schnurstracks in ein Waldstück, das nur einige Kilometer weit entfernt liegt.

Dr. Ulrike Schlesinger ist Diplom-Biologin und arbeitet seit 16 Jahren als Sachverständige und Beamtin besonderer Fachrichtung beim LKA in Düsseldorf. Zusammen mit ihrer Kollegin, einer Chemotechnikerin, bildet sie das vor wenigen Monaten akkreditierte Teildezernat 53.2, das sich mit den Bereichen Bodenproben, biogenen Drogen sowie kalter und heißer Arbeit (Tresoraufbrüche) beschäftigt. Sie konnte den Ermittlern bei dem Fall wieder einmal ein paar entscheidende Hinweise mit auf den Weg gegeben. An den Proben hatte sie die Beschaffenheit des Bodens abgelesen sowie die zu erwartende Pflanzensoziologie so genau beschrieben, als wäre sie selbst schon einmal vor Ort gewesen.

Der Suchtrupp sollte sich unter anderem an ein paar Kiefern orientieren und auf einen Ameisenhaufen einer bestimmten Ameisenart achten. Tatsächlich können die Beamten schon nach wenigen Stunden einen Treffer vermelden. Man findet die Leiche der vermissten Frau. Sie war in unmittelbarer Nähe zu einem Ameisenhaufen und bei ein paar Kiefern vergraben worden. Schnell wird klar: Ihr Ehemann hatte sie getötet. Dieser hatte bei der Polizei Anzeige erstattet, um den Verdacht von sich abzulenken.

In einem solchen Fall dienen speziell die Bodenproben den Ermittlern zur Aufklärung des Verbrechens. Klassische Verfahren der Beweissicherung wie Fingerabdrücke und DNA-Analysen mussten nämlich ausgeschlossen werden. Sie halfen nicht weiter. Wegen der Intimität der Lebensgemeinschaft von Täter und Opfer konnte einfach kein differenziertes Bild gezeichnet werden.

Ulrike Schlesinger und ihre Kollegin werden pro Jahr zwischen 40 und 80 Mal mit Gutachten und Stellungnahmen zu Bodenproben beauftragt. »Je nach Ausgangslage und je nach Fall sind wir manchmal mehrere Wochen mit unseren Analysen beschäftigt«, erklärt Schlesinger. Jeder Fall ist anders, und die Herausforderungen sind so vielfältig wie anspruchsvoll. »Langeweile kommt dabei bestimmt nicht auf«, lacht die Sachverständige. »Ich verstehe mich vor allem als Wissenschaftlerin,

die Zusammenhänge aufklären will.« Motiviert wird sie von ihrem wissenschaftlichen Ehrgeiz und ihrer Neugier sowie ihrem Rechtsempfinden. »Ich will ein Verbrechen aufklären oder mithelfen, einen zu Unrecht Verdächtigten zu entlasten«, sagt Schlesinger.

Beweissicherung mit Spachtel, Skalpell und Mikrosauger

Ausgangspunkt einer jeden Untersuchung ist die exakte Bestimmung und Beschreibung aller Partikel, die man in einer Probe vorfindet. Sie lassen aus einem Häufchen Schmutz ein vielseitiges Puzzlebild entstehen, das mit Vergleichsproben abgeglichen werden kann. »Übereinstimmungen sind so klar und unzweifelhaft nachweisbar wie bei einem Fingerabdruck«, sagt die Expertin. »Mit unserer Untersuchung können wir den Weg eines Täters fast Schritt für Schritt nachweisen.«

An Schuhen werden am Oberleder und auf der Sohle kleinste Ablagerungen identifiziert, selbst wenn diese im Profil der Sohle übereinander liegen. Dann werden sie mit einem kleinen Spachtel abgetragen und auf einem Probenträger abgelegt. An Kleidungsstücken werden Bodenproben mit einem Skalpell oder einem Mikrosauger gesammelt.

Fotos (3): Jochen Tack



Ein gutes Mikroskop ist eines der wichtigsten Hilfsmittel für die Analyse von Spuren.



Bodenproben aus aller Welt werden als Vergleichsmuster gesammelt – und manchmal sogar von den LKA-Mitarbeitern aus dem Urlaub mitgebracht.

Die Sachverständigen nähern sich zuerst mit der Lupe und anschließend mit einem Mikroskop ihrer Probe. Bei bis zu tausendfacher Vergrößerung zeigt sich im Lichtfeld ein abstraktes, farbiges Bild aus bizarren, kantigen oder organischen Formen. Alles wird minutiös dokumentiert und digital fotografiert. »Jeder Boden ist ein Kollektiv aus unterschiedlichen Bestandteilen«, weiß Ulrike Schlesinger. »Wir haben es mit rund 5.000 unterschiedlichen Mineralien, tausenden von pflanzlichen Bestandteilen, tierischen Produkten und zahllosen anthropogenen Partikeln sowie mit Humus zu tun.«

Alleine die Bestimmung einzelner Partikel kann sich zu einer langwierigen Recherche entwickeln. Winzigste Teilstücke, die nur Bruchteile von Millimetern groß sind, geben den Wissenschaftlern manchmal ein Rätsel auf. Tausende von Vergleichsproben in kleinen Glasbehältern warten dafür in den Laborschränken, um herangezogen zu werden. Eine umfangreiche Handbibliothek mit Fach- und Bestimmungsbüchern aus aller Welt erleichtern die Suche. Und manchmal wird die Recherche im Internet fortgesetzt oder es werden Kollegen anderer Institute hinzugezogen. »Komme ich mal nicht auf die Herkunft eines Teilchens, dann wälze ich die Frage unablässig, Tag und Nacht, in meinem Kopf«, berichtet Schlesinger. »Das ist dann so wie mit einem bekannten Gesicht, dem man in der Stadt begegnet, wozu einem aber partout der passende Name nicht einfallen will.«

Akribisches Vorgehen überführt Täter

Eine besondere Herausforderung ist die Rekonstruktion eines Tatherganges mit Hilfe von Bodenproben, weiß die Bio-login. Da werden die vorgelegten Beweismittel, also die getragenen Kleidungsstücke, beinahe millimeterweise abgesucht, um die speziellen Anhaftungen zu isolieren und über Vergleichsproben genau dem Tathergang zuzuordnen. »So konnten wir in einem Vergewaltigungsfall mit unseren Analysen an den Kleidungsstücken nachweisen, wie und wo sich das Opfer und der Täter zur Tatzeit bewegt und aufgehalten hatten«, erzählt Ulrike Schlesinger.

»Wir konnten der Aussage und Darstellung des Mannes widersprechen und ihm mit unseren Bodenproben den Ablauf genau nachweisen.« Verräterisch waren kleinste Ablagerungen an den Knien und an den Ärmeln des Täters gewesen. Durch Schmutz- und Bodenpartikel an den entstandenen Falten ließ sich sogar nachweisen, dass sich der Täter nach rechts abgewälzt hatte.

Vor Gericht sind solche Gutachten für die Beweisführung und für die anschließende Verurteilung ausschlaggebend. Entsprechend sorgfältig und detailliert wird im Labor gearbeitet. »Die Analyse von Bodenproben ist in unserem Haus ein akkreditiertes Verfahren«, sagt die Expertin. »Das

läuft nach einem genau festgelegten Plan und exakt beschriebenen Verfahren ab.«

Die Laborräume, in denen die Schmutzpartikel gesammelt werden, sind für Unberechtigte geschlossen. Unter allen Umständen sind Kreuzkontaminationen und Verunreinigungen zu vermeiden. Eine intelligente Schließanlage erlaubt nur bestimmten Personen den Zutritt. Und am Ende jeder Analyse steht die Kontrolle durch den Kollegen. »Wir arbeiten hier nach dem Vier-Augen-Prinzip«, sagt Schlesinger. »Da entgeht uns eigentlich nichts mehr.« ///

Jörg Bockow

Spuren von Gras und Erde an diesem Schuh können zur Überführung von Tätern beitragen.



Foto: Jochen Tack



Marcus Stewen und Anne Sobotta: Visualisierung der Handlungsorte; unverzichtbar bei geografischen Analysen

Foto: Jochen Tack

Mythos und Realität Die Operative Fallanalyse

Unter Operativer Fallanalyse können sich viele Menschen nichts vorstellen. Fällt hingegen das Wort »Profiler«, tauchen viele Assoziationen auf. Die meisten entsprechen allerdings nicht der Realität.

Ein Mann steigt nachts in das Haus einer allein lebenden Frau ein. Lautlos schleicht er durch die Zimmer. In der Küche besorgt er sich ein großes Messer, geht damit ins Schlafzimmer. Die Frau wird erst wach, als sie das Messer am Hals spürt. Sie ist vor Schreck wie gelähmt. Der Mann vergewaltigt sie. Warum hat sich der Täter ausgerechnet das eine Haus ausgesucht? Warum drehte er sich mitten auf dem Rasen um und kehrte wieder zurück? Fragen, auf die es ohne den Täter auf den ersten Blick keine Antworten gibt. Doch die Operative Fallanalyse findet manchmal auch ohne den Täter Lösungen. In Film und Buch werden die so genannten Profiler gerne mystifiziert. Sie finden den Ablageort der Leiche, weil sie sich genau in den Täter hineinversetzen können oder können die nächsten Morde vorhersagen, weil sie genau wissen, wie der Killer denkt.

Mit der Realität der Operativen Fallanalyse in Deutschland haben solche fiktionalen Abläufe nichts zu tun. »Bei der Fallanalyse handelt es sich um ein kriminalistisches Werkzeug, das sich auf objektive Daten stützt«, erklärt Heinz Erpenbach, Leiter des Sachgebiets Operative Fallanalyse (OFA) beim Landeskriminalamt NRW. Bundesweit gibt es einheitliche Qualitätsstandards, die sicherstellen, dass sich eine Fallanalyse in München nicht maßgeblich von einer in Düsseldorf unterscheidet.

Die meisten Fallanalysen bei Tötungs- und Sexualdelikten

Bei der deutschen Polizei wurde die Operative Fallanalyse im Jahr 1999 eingeführt. Heinz Erpenbach war von Anfang an dabei. Er erinnert sich: »Zu Beginn waren wir hier zu viert. Wir haben geschaut, wie es die Briten und Amerikaner machen, haben uns beraten lassen. Einen deutschen Weg mussten wir erst noch

finden.« Heute arbeiten in dem Sachgebiet 31,5 beim Landeskriminalamt NRW zwölf Polizeibeamte und eine Regierungsbeschäftigte. Die meisten Fallanalysen führen sie bei Tötungs- und Sexualdelikten durch. Der Umfang kann dabei stark variieren. »Mal ist den Ermittlern schon mit einer Beratung geholfen, manchmal müssen wir 20 Einzelfälle analysieren«, sagt der 59-Jährige. Dabei ist der Ablauf immer gleich: Zunächst erheben die Fallanalytiker die Datenbasis. Sie werten den Tatortbefund aus, sammeln Angaben zum Opfer und dem Verletzungsbild. Bei einem Mord sprechen sie mit dem Rechtsmediziner, Zeugenaussagen berücksichtigen sie nur nach ausführlicher Prüfung. »Wenn wir uns unsicher sind, inwiefern die Zeugenaussage vielleicht auch unbeabsichtigt falsch ist, bleibt sie in der Analyse ohne Berücksichtigung oder wir ziehen in brisanten Einzelfällen einen Glaubwürdigkeitsgutachter hinzu«, sagt der Sachgebietsleiter.

Um Fallanalytiker zu werden, müssen die Polizeibeamtinnen und -beamten bereits über mehrere Jahre Erfahrungen mit der Bearbeitung von Todesermittlungsverfahren und Sexualdelikten gesammelt haben. Wer sich im Auswahlverfahren durchsetzen konnte, muss mehrere Lehrgänge beim Landeskriminalamt absolvieren, um schließlich als zertifizierter Fallanalytiker arbeiten zu können.

Genaue Tatort- und Täteranalyse

Mit Hilfe der Daten wird der Tathergang so genau wie möglich rekonstruiert. Welche Entscheidungen hat der Täter am Tatort getroffen? Wie hat er diese in Handlungen umgesetzt und in welcher Reihenfolge? Zu der Grunderhebung gehört auch, sich den Tatort genau anzuschauen – und zwar zur Tatzeit. Damit lassen sich schon manche Fragen lösen. Heinz Erpenbach erinnert sich an einen Fall: »Es war völlig unklar, warum der Täter mitten auf einem Rasenstück kehrt gemacht hatte und wieder zurückgegangen war. Als wir sein Verhalten zur Tatzeit, also nachts, nachvollzogen, wurde uns plötzlich klar, warum: Genau an dieser Stelle



Heinz Erpenbach im Kreise von Fallanalytikern: Teamarbeit in der Analyse steht für: Bündelung von Wissen, Vielfalt der Hypothesenbildung, Korrektiv bei der Hypothesenprüfung

war ein Bewegungsmelder angebracht, der ein Flutlicht auslöste.« Bei einem anderen Fall erkannten sie vor Ort, warum der Täter ausgerechnet dieses Haus gewählt hatte. Es war auf seinem Weg das erste Gebäude, dessen Rückfront nicht durch Büsche verdeckt war und keine Sicherung durch Rolläden hatte. Dadurch war es für ihn einfach zugänglich.

Doch die Rekonstruktion der Tat ist nur der erste Schritt. Als nächstes bewerten die Experten die Opferausswahl, die Entstehung der Tatsituation und das Verhalten während und nach der Tat. Daraus können sie dann das Motiv des Täters ableiten, können klären, ob die Tat geplant war oder spontan passiert ist. Im Idealfall können sie Tipps geben, nach welchem Tätertyp die Ermittler suchen sollten. Handelt es sich zum Beispiel eher um einen jüngeren oder älteren Täter? Hat er bereits Vorstrafen? Kommt der Täter aus der Region, hat vielleicht einmal dort gelebt oder handelt es sich um einen Durchreisenden? Wenn sie ein Täterprofil erstellen, arbeiten sie häufig mit forensischen Psychiatern zusammen. Es gilt immer auch zu klären, ob es ein Krankheitsbild gibt, zu dem das Verhalten passt. Basierend auf solchen Ergebnissen können die Fallanalytiker Tipps geben, welche Ermittlungsansätze priorisiert werden sollten und welche zurückgestellt werden können.

Als landesweite Berater tätig

Die Mitarbeiter des Sachgebietes 31.5 Operative Fallanalyse werden aktiv, wenn sie im Land angefordert werden. Nicht immer ist dabei eine komplette Analyse notwendig. Manchmal ist schon nach der Rekonstruktion des Tathergangs vieles klar. Etwa wenn offensichtlich wird, dass es eine Vorbeziehung gab, also Täter und Opfer sich kannten. »Die Ermittler können sich in dieser Konstellation auf das unmittelbare Umfeld konzentrieren«, berichtet Heinz Erpenbach. Wenn bei einer Tat Ablauf und Motiv schon klar sind, lehnen die Fallanalytiker auch schon einmal ab. »Dann würde eine Analyse keinen Mehrwert mehr bringen.« Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen können die Kollegen von der OFA die Kommissionen auch dabei beraten, wie sie sich aufstellen sollten, welche Experten sie hinzuziehen können und wie der Umgang mit den Medien aussehen könnte, damit ein realistisches Bild vom Täter entsteht. »Ich würde empfehlen, relativ früh auf uns zuzukommen«, sagt der erfahrene Fallanalytiker.

Bei der Soko Mirco waren die Fallanalytiker beispielsweise von

Anfang an dabei. »Das war ein schwieriger Fall«, erinnert sich Heinz Erpenbach. »Wir hatten ja nur wenige Handlungsorte wie den Fundort des Fahrrads und der Kleidungsstücke.« Daraus haben die Fallanalytiker dann Hypothesen abgeleitet, die sich am Ende auch als richtig herausgestellt haben. Der Soko-Leiter Ingo Thiel erinnert sich: »Die Kollegen konnten uns mit ihren Erfahrungen sehr helfen. Die nordrhein-westfälische Fallanalyse hat deutschlandweit einen hervorragenden Ruf – und das zu Recht.«

Arbeit mit der Datenbank ViCLAS

Der Alltag besteht allerdings nicht nur aus umfangreichen Fallanalysen. Jeder Sachbearbeiter wertet auch Tötungsdelikte und sexuelle Gewaltdelikte im ViCLAS (Violent Crime Linkage Analysis System) aus. In dieser deutschlandweiten Datenbank sind aktuell über 21.000 Sexual- und Tötungsdelikte in der Regel ohne Täter-Opfer-Vorbeziehung detailliert erfasst. Die Sachbearbeiter suchen bei jeder neuen Tat nach Zusammenhängen mit vorherigen Fällen. Zu jedem gemeldeten Fall erhalten die Kreispolizeibehörden eine Rückmeldung – optimalerweise mit neuen Ermittlungsansätzen. Bisher mussten die Behörden bei relevanten Taten einen umfangreichen Fragebogen mit rund 130 Fragen ausfüllen, der dann von den Fallanalytikern in das System übertragen wurde. »Das hat leider nicht so gut funktioniert«, berichtet der Sachgebietsleiter. »Wir haben nicht alle relevanten Fälle erhalten. Viele Behörden meldeten die Taten auch erst nach Abschluss der Ermittlungen. Wir können aber nur helfen, wenn wir die Daten zeitnah bekommen.«

Seit kurzem gibt es einen neuen Ablauf. Ein Fallanalytiker wertet jeden Tag die relevanten Delikte in dem Vorgangsbearbeitungssystem IGVP aus. Wenn er Taten findet, die ViCLAS-relevant sein könnten, schreibt er die Behörden an. Die bewerten dann, ob der Fall tatsächlich in die Datenbank passt. Wenn er ihrer Meinung nach nicht passt, müssen sie kurz begründen, warum. Wenn er für die Datenbank relevant ist, übersenden die Sachbearbeiter die vorhandenen Informationen (Strafanzeige, Tatbefundbericht und Vernehmungen) an das Landeskriminalamt NRW. Anhand dieser Unterlagen geben die Fallanalytiker die Informationen in ViCLAS ein. »Es muss kein umfangreicher Fragebogen mehr ausgefüllt werden. Dadurch werden die Sachbearbeiter in den Kreispolizeibehörden deutlich entlastet«, erklärt Heinz Erpenbach. ///

Katerina Breuer

Wer sich nicht wohlfühlt, wird krank

Prof. Bernhard Badura über modernes betriebliches Gesundheitsmanagement

Das Hauptrisiko für die Gesundheit sind Spannungen zwischen Menschen

Streife: Wie definieren Sie Gesundheit?

Badura: Die Weltgesundheitsorganisation WHO bietet eine ganz einfache Erklärung: Gesundheit ist der Zustand des vollständigen physischen und psychischen Wohlbefindens. Das trifft es gut und geht über die ursprüngliche Definition hinaus, wie sie noch vor hundert Jahren üblich war. Damals sagte man schlicht: Gesundheit ist die Abwesenheit von Krankheit.

Streife: Die zweite Definition ist doch auch kurz, knapp und treffend.

Badura: Ja, aber sie berücksichtigt eben nicht die Bedeutung des Wohlbefindens. Und wer sich dauerhaft nicht wohlfühlt, der wird früher oder später auch krank. Auch im betrieblichen Gesundheitsschutz müssen wir deswegen darauf achten, wie die Gesundheit der Beschäftigten erhalten bleibt. Im Fachjargon nennen wir das »Salutogene Perspektive«. In der früheren Arbeitsmedizin herrschte die »Pathogene Perspektive« vor, die nur darauf achtet, was krank macht. Der sichere Betrieb von Maschinen stand da im Vordergrund. Wir brauchen in Unternehmen und Verwaltungen aber beide Blickwinkel. Die arbeitsmedizinische Sichtweise wurde zwischenzeitlich ergänzt. Nicht zuletzt deswegen verstehen wir heute unter betrieblichem Gesundheitsmanagement vor allem die Entwicklung betrieblicher Strukturen und Prozesse, die die gesundheitsförderliche Gestaltung von



Prof. Bernhard Badura

Foto: Bdura

Arbeit und Organisation und die Befähigung zum gesundheitsfördernden Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ziel haben.

Streife: Was trägt am meisten zu Gesundheit und Wohlbefinden bei?

Badura: Umfragen zeigen, dass Menschen neben geistiger Leistungsfähigkeit und Lebensfreude vor allem gute soziale Bindungen wollen. Ein gutes soziales Klima im Unternehmen ist also sehr wichtig, wenn seine Beschäftigten gesund bleiben sollen. Die Hauptrisiken für die Gesundheit liegen in der so genannten Mensch-Mensch-Schnittstelle, wie sehr also die berufsbedingten zwischenmenschlichen

Beziehungen stressen. Und gerade Polizistinnen und Polizisten sind ja besonders an diesen Schnittstellen tätig – außen im Einsatz und eben auch innen im Team. Es steht fest: Eine gesunde Unternehmenskultur und das Wohlbefinden der Mitarbeiter wirken sich positiv auf das Betriebsergebnis aus.

Streife: Inwieweit kann eine weniger gesunde Unternehmenskultur krank machen?

Badura: Die Liste ist lang: Motivationsmängel, defizitäre Kommunikation, extremer Stress, innere Kündigung, Frustration, Burnout, Mobbing, Loyalitätsverluste, hohe Fehlzeiten und Fluktuation gehören dazu. Die Ursachen für solche Organisationskrankheiten sind unter anderem fehlende Führung, aber auch Konflikte in den Teams oder mangelhaft definierte Arbeitsaufgaben sowie chronische Überforderung durch zu hoch gesetzte Ziele. Besonders in vielen Verwaltungen wird das Thema Gesundheit und dessen hohe Bedeutung für die Mitarbeitermotivation, die Servicequalität und die Verwaltungseffizienz noch nicht ausreichend erkannt. Die nordrhein-westfälische Polizei scheint da jetzt auf einem anderen Weg zu sein. ///

Andreas Uphues

@ Weitere Infos finden Sie im Internet unter: www.scohs.de

ZUR PERSON

Bernhard Badura ist emeritierter Professor an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld. Der 67-jährige Soziologe ist ausgewiesener Experte für das betriebliche Gesundheitsmanagement und hat im vergangenen Jahr gemeinsam mit anderen den Social Capital and Occupational Health Standard (SCOHS) entwickelt.



Jetzt bei der Polizei bewerben!

Attraktiver, spannender und krisensicherer Beruf für junge Leute



Fotos (3): Jochen Tack



Die Polizei will wieder die besten Absolventen eines jeden Jahrganges für sich gewinnen. »Wir bieten jungen und motivierten Leuten eine qualifizierte Ausbildung für einen spannenden, attraktiven und krisensicheren Beruf«, sagte Innenminister Ralf Jäger in Köln zum Start der landesweiten Werbekampagne für den Polizeinachwuchs.

Im kommenden Jahr stellt die NRW-Polizei zum zweiten Mal 1.400 Polizeianwärter ein. »Dies erhöht die Chancen für die Bewerber und verbessert die Altersstruktur der Polizei«, betonte Jäger.

Unterstützt wird die Kampagne durch einen neuen Kinospot, den der Innenminister vorstellte. Polizisten in Uniform und in Zivil, SEK-Beamte sowie Diensthundeführer umstellen ein Haus, darüber kreist der Polizeihubschrauber. Eine Polizistin klingelt, ein junger Mann öffnet, schaut verduzt auf das große Polizeiaufgebot und schluckt. Die Polizistin aber lächelt und begrüßt ihn als erfolgreichen Bewerber im Team Polizei.

Die NRW-Polizei setzt verstärkt auch auf junge Leute mit Zuwanderungshintergrund. »Sie besitzen durch ihre Sprachkenntnisse und kulturellen Hintergründe besondere Kompetenzen. Das wird im täglichen Polizeidienst immer wichtiger«, erläuterte der Minister. 2010 wurden 124 angehende Polizistinnen und Polizisten mit Zuwanderungshintergrund eingestellt. Das waren mehr als elf Prozent. »Sie sind Vorbilder dafür, dass jeder, unabhängig von seiner Herkunft, die Chance hat, erfolgreich zu sein«, bekräftigte Jäger. »Wir wollen den Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei der Polizei weiter erhöhen und werben deshalb gezielt um sie.«

Begehrter Beruf mit vielen Möglichkeiten

Voraussetzung für eine Bewerbung sind neben dem Abitur oder der Fachhochschulreife unter anderem soziale Kompetenz, eine gute gesundheitliche Kondition und das Deutsche Sportabzeichen. Bevor sie als Kommissaranwärter eingestellt werden, müssen die Bewerberinnen und Bewerber das Rettungsschwimmerabzeichen nachweisen. Sie durchlaufen ein mehrtägiges Auswahlverfahren und nehmen bei erfolgreichem Abschluss am 1.

September 2012 ihr Bachelorstudium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung auf. »Das Bachelorstudium für angehende Polizisten ist eine moderne Berufsausbildung mit einem hohen Praxisbezug, die zudem die soziale und kommunikative Kompetenz stärkt«, hob der Innenminister hervor. Die Polizeianwärter erhalten in NRW schon während des dreijährigen Studiums monatlich rund 1.000 Euro und haben die Sicherheit, dass sie nach bestandener Prüfung übernommen werden.

Ausgebildete Polizisten arbeiten zunächst ein Jahr im Streifendienst und anschließend in einer Einsatzhundertschaft des Landes. Danach können sie in den Streifendienst zurückkehren oder sich anders spezialisieren, beispielsweise als Ermittler in einem Kommissariat, als Diensthundeführer oder sie können zur Wasserschutzpolizei wechseln. »Die Bewerberzahlen der vergangenen Jahre zeigen, dass der Polizeiberuf für junge Leute attraktiv ist«, stellte Jäger fest. 7.500 junge Menschen bewarben sich auf die 1.400 Anwärterstellen bei der Polizei für 2011. ///

Redaktion Die Streife

@ Interessierte finden im Internet unter www.polizei.nrw.de/beruf den Weg zur Online-Bewerbung.



NRW HAT ÜBER 500 POLIZISTEN MEHR

In NRW stehen ab September 2011 über 500 Polizisten mehr zur Verfügung als bisher. Den Polizisten, die ihre Ausbildung beenden, stehen nämlich deutlich weniger Pensionierungen gegenüber. »Damit arbeiten dann erstmals seit langem wieder mehr Polizisten im Streifendienst und auf den Ermittlungsdienststellen«, sagte Innenminister Ralf Jäger. »Auch in den nächsten Jahren werden wir diese positive Entwicklung bei der Polizei haben«, erklärte der Innenminister. Erstmals in diesem Jahr werden 1.400 Polizeianwärter eingestellt.



Foto: Jochen Tack

Blau macht sich gut

Neue Polizeiuniform in Köln und Leverkusen eingeführt

Die blaue Uniform kommt bei den Bürgern und den Polizisten gut an. In Köln und Leverkusen tragen ab sofort rund 2.800 Polizeibeamte die neue Dienstkleidung. Innenminister Ralf Jäger verschaffte sich in der größten NRW-Polizeibehörde einen eigenen Eindruck. »Die Kölner Polizistinnen und Polizisten machen in der blauen Uniform einen exzellenten Eindruck«, lobte der Minister.

Rund 13.000 Polizistinnen und Polizisten in NRW tragen schon den neuen Dienstanzug. Das Polizeipräsidium Köln ist die 20. Behörde, in der die alte grün-beige Uniform nach mehr als 35 Jahren ausgedient hat. Weitere 18 Kreispolizeibehörden werden im Laufe des Jahres ausgestattet. Bis Ende 2012 sollen alle rund 30.000 Polizistinnen und Polizisten – die

gesamte uniformierte NRW-Polizei – die blaue Uniform tragen. »Die neue Uniform bietet besonderen Tragekomfort. Den Belastungen im täglichen Dienst hält sie problemlos stand«, hob Jäger hervor. Sie bietet besonderen Schutz und Sicherheit, beispielsweise durch stark reflektierende Aufnäher und Mützenbänder. Zudem sind die Stoffe leicht, strapazierfähig und atmungsaktiv. Jacken und Hosen bieten Platz für alle notwendigen Ausrüstungsgegenstände, ohne die Bewegungsfreiheit der Polizisten einzuschränken. Das neue Uniformkonzept beinhaltet eine Bürodienstuniform und eine speziell für die Bedürfnisse des Wachdienstes konzipierte Dienstkleidung. »Damit berücksichtigen wir alle Erfordernisse des Polizeidienstes«, betonte Jäger. ///

Redaktion Streife

KATHOLISCHE POLIZEISELSORGEIM ERZBISTUM PADERBORN FORTBILDUNGS- UND FREIZEITANGEBOTE 2011

FORTBILDUNGSSEMINARE:

»Was uns krank macht, was uns heilt – vom Umgang mit Lebenskrisen in Polizei, Kirche und Gesellschaft«
26. Sept. – 30. Sept. Landvolkshochschule, Hardehausen
14. Nov. – 18. Nov. Landvolkshochschule, Hardehausen
5. Dez. – 9. Dez. Bildungsstätte Liboranium, Paderborn

12. – 14. Sept. Paderborn

»Glauben wir alle an den gleichen Gott?« – das Gottesverständnis in den Weltreligionen

»Der Glaube als Lebenshilfe«

3 Tage im Dez. Königsmünster/Meschede
genauer Termin – telefonisch zu erfragen

FREIZEITANGEBOTE:

Studienreise:

8. – 16. August nach Irland mit Partner/in

WANDERWOCHENENDE:

2. – 4. September im Sauerland mit Partner/in

FAMILIENTAG:

10. Sept. Schloss Gehrden mit Partner/in und Kindern

ANMELDUNGEN UND INFOS:

frühzeitig, spätestens 2 Monate vor Veranstaltungsbeginn
bei Diözesanpolizeipfarrer Msgr. W. Bender oder Sekretärin

Frau de Kegel

Carl-Sonnenschein-Weg 6
33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Tel. 05207/995937, Fax 05207/995968

E-Mail: polizeiseelsorge@erzbistum-paderborn.de

www.polizeiseelsorge-erzbistum-paderborn.de

Tag der offenen Tür



Samstag,
17.09.2011 - 9-18 Uhr
in Selm-Bork

60 Jahre

Polizeiliegenschaft Selm

55 Jahre

IPA-Verbindungsstelle Bork e.V.



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Landesamt für Ausbildung,
Fortbildung und
Personalangelegenheiten



Ehemaliger Direktor des LKA verstorben

Hans Werner Hamacher wurde 86 Jahre alt



Foto: Archiv Streife

Hans Werner Hamacher leitete fast zehn Jahre lang das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, bevor er im Juni 1984 nach 39 Dienstjahren als Polizeivollzugsbeamter in den Ruhestand trat.

Im Jahre 1971 rettete Hamacher durch seinen außergewöhnlichen persönlichen Einsatz bei einem Banküberfall in Köln eine Geisel. Für diesen Einsatz wurde er unmittelbar mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet.

Als Direktor des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen hat er mit viel Entschluss- und Entscheidungskraft die Behörde auch durch schwierige Zeiten geführt. Durch seine besondere Fachkompetenz und seine gradlinige Persönlichkeit war er stets ein Vorbild. Aufgrund seiner besonderen Verdienste im Polizeidienst wurde ihm im Jahre 1983 das Große Bundesverdienstkreuz verliehen.

Hans Werner Hamacher hat sich sowohl bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch in weiten Kreisen der Bevölkerung hohe Achtung und Wertschätzung erworben, die die Erinnerung an ihn und sein Schaffen bis heute lebendig erhält.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser besonderes Mitgefühl gilt seinen Hinterbliebenen.

Grundstein für LZPD-Neubau gelegt



Foto: Zimmermann Probst

Minister Ralf Jäger und der Direktor des LZPD Jürgen Mathies legen gemeinsam den Grundstein für das neue LZPD Gebäude.

460 Beamte des Landesamtes für Zentrale Polizeitechnische Dienste (LZPD) werden künftig in einem siebengeschossigen Neubau im Duisburger Innenhafen arbeiten. Ende Mai wurde der Grundstein für das moderne Verwaltungsgebäude des Hagener Architekturbüros Bahl gelegt. Es erfüllt hohe Anforderungen an die technische Ausstattung und die Gebäudesicherheit. So wird man es durch Sicherheits-schleusen betreten. Zwei leistungsstarke

Notstromaggregate im Kellergeschoss sorgen für Ausfallsicherheit der Haustechnik. In Duisburg werden Dienststellen des LZPD zusammengefasst, die bisher in Duisburg, Neuss und Düsseldorf untergebracht sind. Kürzere Wege sollen zu besseren Arbeitsergebnissen führen. Der Umzug wird Anfang 2013 erfolgen. ///

Redaktion Die Streife



Fotos (2): Ulrike Masannek

Polizeidirektor Günther Overbeck wurde am 14. Juni 2011 vom Polizeipräsidium Recklinghausen zum Polizeipräsidium Dortmund versetzt. Er wird zum Leitenden Polizeidirektor auf Probe befördert. Günther Overbeck wurde zudem beim Polizeipräsidium Dortmund die Funktion des Leiters der Direktion Verkehr übertragen.



Polizeidirektor Adalbert Groß wurde am 1. Juni 2011 vom Landrat Unna zum Polizeipräsidium Bielefeld versetzt. Er wird zum Leitenden Polizeidirektor auf Probe befördert. Adalbert Groß wurde zudem beim Polizeipräsidium Bielefeld die Funktion des Leiters der Direktion Verkehr übertragen.

»Elisabeth« – Die wahre Geschichte der Sissi Gewinnen Sie mit der *Streife* 1×2 Freikarten

Vor 20 Jahren, im Jahr 1992 feierte das Musical in Wien seine Weltpremiere. Seither eroberte es die Herzen von über acht Millionen Zuschauern weltweit. Die dramatische und herzergreifende musikalische Darstellung des Lebens der Kaiserin Elisabeth ist das erfolgreichste deutschsprachige Musical aller Zeiten. Zum 20sten Bühnenjubiläum kommt die Tourneefassung in der Inszenierung des Wiener Originalteams (Regie: Harry Kupfer, Bühnenbild: Hans Schavernoeh) zurück auf die deutschen Theaterbühnen.

Michael Kunze und Sylvester Levay, die Autoren des Musicals, zeichnen das Leben von »Sissi«, der Kaiserin der Herzen, als einen Lebensweg, der von Höhen und Tiefen, Glück und Zweifeln, Engagement und Rückzug erzählt. Elisabeth zeigt sich als eine Frau, die ihren Freiheitswillen lebt – gegen den

Druck des höfischen Verhaltenskodex, der sich in ihrem gespaltenen Verhältnis zu Franz Josephs Mutter, der Erzherzogin Sophie, manifestiert. Damit sind ihre Bestrebungen nach eigenem Leben, eigenem Glück und eigener Persönlichkeit schon fast emanzipatorisch zu nennen. Michael Kunze hat seiner Elisabeth eine männliche Hauptfigur an die Seite gestellt, die androgyn und schattenhaft ihr tiefstes Sehnen personifiziert: der Tod.

Alle *Streife*-Leser erhalten bei Nennung der Kunden PIN 2384 im Musical Dome Köln (11.10. – 27.11.2011), im Theater Musical Essen (2.9. – 4.3.2012) und im Musical Theater Bremen (8.3. – 25.3.2012) eine Ermäßigung von 10% auf den Kartennettowert. Tickets und Infos gibt es unter 0211 / 73 44 120 (0,29 €/Min. aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk max. 0,42€/Min.)



Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 15. September 2011 einsenden an:

Innenministerium NRW
Redaktion *Streife*

Kennwort: Elisabeth
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
E-Mail: streife@im.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich

Ludger Harmeier,
Leiter des Referates Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Redaktionsleitung

Ralf Hövelmann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife.polizei.nrw.de
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Franz-Josef Andrasch (Berufsfeuerwehr Münster),
Stefan Arens (PP Münster),
Dr. Jörg Bockow, Katerina Breuer,
Lothar Foecker (PP Münster),
Franz-Josef Gödeke (LAFP NRW),
Ralf Hövelmann (MIK),
Ludger Merschjohann (PP Dortmund),
Simone Wroblewski, Udo Tönjann (MIK)

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf

Druck

kuper-druck gmbh, Eschweiler
Papier: EuroBulk, PEFC-zertifiziert

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6-mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung
können direkt an die Redaktion gesandt werden.
An den abgedruckten Beiträgen behält sich
die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel,
auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe.
Kürzungen von Leserschriften behält sich die
Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis.
Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert ein-
gesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen